

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41.

Sonnabend, den 17. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Sozialpolitik im neuen Reichstag.

Im letzten Heft der „S. M.“ schreibt Genosse R o b. S c h m i d t: Freudig haben wir das günstige Ergebnis der Reichstagswahlen begrüßt, und mit Genugtuung empfunden wir das Zurückdrängen des Einflusses der reaktionären Parteien. Nur dürften wir unsere Hoffnungen auf die gesetzgeberische Tätigkeit nicht zu hoch spannen, denn es sind sehr erhebliche Widerstände, die sich der sozialdemokratischen Fraktion entgegenstellen; es wird mehr als je darauf ankommen mit unserem Besitztum geschickt den Einfluß auszunutzen, den eine Partei von 110 Abgeordneten ganz von selbst im Parlament erhält.

Manche Hoffnungen und Wünsche werden in Parteikreisen laut, aber wir werden sehr bald erkennen, daß gar manche Materie der Gesetzgebung sich im alten Gleis bewegen wird. Das trifft ganz besonders auch für die soziale Gesetzgebung zu. In sozialpolitischen Fragen ist der Reichstag in den letzten Jahren nicht gerade mäßig gewesen. Indes, es fehlte seinen Arbeiten jeder große Zug, es blieb bei ihm alles in behutsamem Tasten und Fühlen stecken; vor allem aber belastete er durch die Aufhebung früher eingeräumter Arbeiterrechte die soziale Gesetzgebung mit dem Makel der Arbeiterentrechtung. Deutschland, das ursprünglich die Initiative zur Sozialversicherung ergriffen hatte, hat inzwischen seine Führerschaft auf dem Gebiet eingebüßt, es ist vom Ausland allmählich eingeholt worden. Und auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes ist es heute bereits von anderen Ländern überholt. Beispielsweise fehlt es uns noch immer an einem Maximalarbeitsgesetz für erwachsene Arbeiter aller Berufe, den die Schweiz, Frankreich, Österreich, England bereits eingeführt haben, während wir uns bisher mit dem Zehnstundenlag für Arbeiterinnen und Jugendliche begnügen mußten, und nur für Arbeiter in solchen Berufen, die besondere Gefahren für Leben und Gesundheit bringen, Ausnahmen gemacht wurden. Bei uns gibt es sogar einige Bundesratsverordnungen, die Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden zulassen. Man braucht nur diese soziale Fürsorge in der Begrenzung der Arbeitszeit zu nennen, um einen Begriff davon zu bekommen, welche Arbeitsmethoden in diesen Berufen üblich waren, und wie wenig der Bundesrat es wagte, den Missetänden energisch gegenüberzutreten: denn eine Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden deutet auf Zustände hin, die beschämend für unsere Industrie sind. Einige Gießereien mußten zwar mit der Arbeitszeit bis auf 8 und 6 Stunden heruntergehen, aber das sind nur Ausnahmen für die mörderische Betriebsarbeit in der Bleifabrikation.

Können wir nun, nachdem das Übergewicht des konservativ-ultramontanen Blocks im Reichstag geschwächt ist, auf einen beträchtlichen Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes hoffen? Schwerlich. Denn gerade auf diesem Gebiete ist der Liberalismus aller Schattierungen nicht genehm, der Sozialdemokratie Hilfe zu leisten. Im Gegenteil, der rechte Flügel der Nationalliberalen wird, wenn die bisherigen Erfahrungen maßgebend sind, alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bekämpfen, um im Sinn des Zentralverbandes Deutscher Industrieller den Herrenstandpunkt des Unternehmers zu stärken. Unter den anderen Liberalen haben wir keine Sozialpolitiker, Naumann und Potthoff, die auf diese Bezeichnung Anspruch erheben konnten, sind diesmal nicht in den Reichstag gewählt worden. Die Stärkung der Linken wird mehr in politischen Fragen zum Ausdruck kommen; in der Sozialpolitik wird man gut tun, keinen Umschwung zu erwarten.

Fraglich wäre nur die Stellung des Zentrums, das aber gegen Ende der letzten Session mehr als je zuvor ins Lager der Scharfmacher hineinschwankte. Diese Schwankung vollzog sich unter der Zustimmung der christlichen Gewerkschaftsführer, die gehofft hatten, dem Zentrum dauernd einen größeren Arbeiteranhang zu erhalten als ihn die christlichen Gewerkschaften tatsächlich darbieten. Sie fühlten, daß sie den freien Gewerkschaften nicht folgen können, sehen ihre Organisationen in enge Grenzen gehalten und stoßen fortgesetzt auf Differenzen mit den freien Gewerkschaften. Dazu kommt, daß die Herren im eigenen Lager fortgesetzt Angriffe zu erdulden haben, da ihr interkonfessioneller Standpunkt unter den Strenggläubigen verpönt ist, noch mehr aber, weil auch ihre sozialpolitische Aufklärung der Arbeiterschaft den Scharfmachern immer unangenehmer wird. Natürlich gibt man das nicht offen zu, das sind nur die im geheimen genährten Abneigungen: das Aushängeschild ist jener interkonfessionelle Standpunkt, und das hat auf gläubige Katholiken

eine andere Wirkung als ein offenes Eintreten für das Scharfmachertum, das im Zentrum so gut wie in den anderen bürgerlichen Parteien seine Vertreter hat. Die Gewerkschaftsführer Giesberts, Becker und Schiffer sind in diesem Kampf allmählich müde geworden und rücken nach und nach rechts ab. Besonders hat Herr Becker mit unausgesetzten Angriffen gegen den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften diese Schwankung maskiert. Die Herren sitzen damit um so fester in der Gunst der maßgebenden Zentrumsführer, während die sozialpolitischen Interessen der Arbeiter dabei vollkommen in den Hintergrund kommen. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung hatten die Zentrumsführer ihre beste Freude, wie die christlichen Arbeitervertreter den Kampf gegen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter führten. Allerdings unter dem Vorwand, den sozialdemokratischen Terrorismus zu bekämpfen, aber mit dem Endergebnis, daß den Arbeitern im allgemeinen ein Einfluß versagt wurde. Das gleiche Spiel wiederholte sich bei allen sozialpolitischen Debatten, die Kampfesfront richtete sich gegen die freien Gewerkschaften, gegen die man nach Polizei und Staatsanwaltschaft rufft, weil sie die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften hemmen. In dieser Stellung hat der Wahlkampf nichts gebessert, im Gegenteil, das Zentrum fühlt, die Sozialdemokratie bedrohte am schwersten seinen Besitz.

Der Sozialpolitik dürften somit keine besonders günstigen Aussichten erblicken. Große Vorlagen sind kaum zu erwarten. Das Arbeitskammergesetz kehrt nicht wieder, in der Gewerbeordnung ist eine Fortführung des Arbeiterschutzes von der Regierung schon im vorigen Jahre abgelehnt worden, und diese wird nicht zu befürchten haben, daß die bürgerlichen Parteien sie zur Änderung dieses Standpunktes nötigen. Von der Tagespresse werden zwar einige Vorlagen angekündigt, aber vorsichtig wird hingugefügt, es sei unbestimmt, wann sie an den Reichstag gelangen werden. Genannt werden ein Reichstheatergesetz, das aber noch sehr im Hintergrund steht; eine Novelle zum Patentgesetz, in der hoffentlich die Rechte der Techniker und Werkmeister besser gewahrt werden als gegenwärtig; eine Neuregelung der Sonntagsruhe im Handwerks- und Bergbau mit welchen Änderungen ist unbestimmt; eine Unfallfürsorge für diejenigen, die bei Rettung von Personen aus Lebensgefahr zu Schaden kommen. Alle diese Vorlagen würden die Erfüllung wiederholt gegebener Versprechungen der Regierung sein; ob und wie das geschieht, bleibt abzuwarten.

In entschiedenem Widerspruch fordert die Haltung des Reichsanwalts des Innern dem Beirat für Arbeiterstatistik gegenüber heraus, der seit langem auf neue Aufträge wartet. Soll seine Tätigkeit einschlafen? An Aufträgen fehlt es ihm nicht. Namentlich sollten die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in besonders gesundheitsgefährlichen Industrien fortgeführt werden. Der Initiative des Bundesrats und der Verwaltungsbehörden sind seit langem wichtige Aufgaben zur Erledigung überwiesen. Der Erlaß von Verordnungen auf Grund des § 120 f der Gewerbeordnung für die Arbeiter derjenigen Berufe, die den sogenannten sanitären Maximalarbeitszeit fordern, ist ganz ins Stocken geraten. Erhebungen liegen über die Verhältnisse in Wäschereien und Plättereien, in der Fleischer- und Fuhrwerksbetrieb und in der Binnen-schiffahrt vor, ohne daß bisher der Bundesrat auf die Anregungen des Beirats für Arbeiterstatistik eingegangen ist. Die Handlungsgehilfen warten seit Jahren nach Abschluß der Erhebungen des Beirats auf eine Regelung der Arbeitszeit der Kontorangestellten. Abgesehen von der Neuordnung der Organisation in der Arbeiterversicherung und dem Versicherungsgesetz für Angestellte, liegt es dem Bundesrat ob die Beschlüsse zu benutzen, die das Heimarbeitsgesetz ihm anvertraut hat. Kein Gesetz hat dem Bundesrat so umfangreiche Vollmachten in der Ausführung sozialer Fürsorge übergeben wie gerade das Hausarbeitsgesetz. Die Bedeutung des Gesetzes kann durch seine Verordnungen gehoben oder durch seine Untätigkeit herabgedrückt werden. Ein Mangel an gesetzgeberischen Fragen und Verwaltungsmaßnahmen ist also nicht vorhanden.

Die sozialdemokratische Fraktion wird es nicht an Anregungen auf diesen und anderen Gebieten der Sozialpolitik fehlen lassen, aber das Ruhebedürfnis der bürgerlichen Parteien ist hier stark ausgeprägt, daß das Tempo der Sozialpolitik im neuen Reichstag wohl nicht lebhafter werden wird. Dagegen können wir erwarten, daß der Wahlkampf auch den Gewerkschaften neuen Aufschwung geben wird. Im Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse wird die gewerkschaftliche Organisation nach wie vor von ausschlaggebender Bedeutung sein. Hier muß also die Arbeiterschaft mit den wirtschaftlichen Kampfmitteln das zu erreichen suchen, was die Gesetzgebung ihr versagt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aufgepuffte Heros.

Der Abgeordnete Graf Posadowsky hat in seiner Rede, die so ungeduldig erwartet war und so allgemein enttäuscht hat, gegen eine sozialdemokratische Auserkennung polemisiert, in der Fürst Bismarck ein aufgepuffter Heros genannt wird und er sprach den Wunsch aus, es möchte wieder ein „solch aufgepuffter Heros“ im deutschen Volke erstehen. Die gestrige Reichstagsitzung hat jedenfalls bewiesen, daß die zwei „großen“ Männer, die sie uns vorführte, der Graf Posadowsky selber und der Reichskanzler, gar keine Heros sind, wohl aber aufgepuffte Mittelmäßigkeiten. Überhaupt hat auch dieser Tag der Staatsdebatte, der doch ein „großer Tag“ sein sollte, von einer bedenklichen Niveaulosigkeit gezeugt: im ganzen Harmlosigkeit, die durch keinen Pathos irgendwie einschüchternd oder belebend zu wirken vermögen.

Der Reichskanzler, der gleich nach dem ersten Redner zu seinen Ausführungen über die innere Politik das Wort nahm, hatte sein traurigstes Gesicht aufgesetzt und schlug einen möglichst melancholischen Ton an. Das ist ja schließlich begrifflich, nach dem für ihn so betrübenden Ausgang der Wahl. Aber wer unter den zahlreichen Abgeordneten, die sich während seiner Rede vor die Tribüne gescharrt hatten, von ihm neue Offenbarungen über die Politik der Regierung erwartete und die staatsmännische Kunst des Kanzlers, mußte bald die Hoffnung aufgeben. Herr v. Bethmann-Hollweg bekannte sich zu einer Politik, die keineswegs originell ist, die vielmehr den gewohnten Traditionen preussischer Staatsmännerlei entspricht. Er hat um die Sammlung der bürgerlichen Parteien, wobei er immerhin belehrt durch die verflochtenen Wahlen — das äußerste Stück der äußersten Rechten ausschloß. Weder reaktionär noch radikal dürfte die Politik der Regierung sein. Im übrigen erwartet er das Heil nur von der Aktionsgemeinschaft des ganzen Bürgertums. Das war nicht sonderlich überraschend und ebensowenig imponierend waren die Argumente, mit denen er gegen die Sozialdemokratie losging. Dabei enthielt er in naiver Eitelkeit seine rührende Unkenntnis vom Wesen des Sozialismus. Es wirkte amüsan, als er in der Art eines banalen Reichsverbandsflugblattes Revisionisten und Radikale zu unterscheiden versuchte. Wertvoll waren seine Äußerungen freilich, als er jede Demokratisierung der Staatseinrichtung ablehnte, und es mag belehrend für die Liberalen gewesen sein, dermaßen auch von der Regierung selbst zu erfahren, daß sie auf das eigentliche Wesen ihrer Politik verzichten müßten, wollten sie der Sammlungsparole folgen. Im übrigen ist nur zu bemerken, daß keine geschmackwidrige Einmischung in eine durchaus innere Angelegenheit des Hauses, wie die Wahl des Präsidiums, unter allen Umständen zurückgewiesen werden muß.

Den unangenehm lehrhaften Ton, den die Kanzlerrede auszeichnete, hat sich offenbar mühelos der letzte Redner des Tages, der frühere Staatssekretär Graf Posadowsky angeeignet und es war zuweilen peinlich zu beobachten, wie bereitwillig zahlreiche Volksvertreter die Vorlesung akzeptierten. Am Schluß der Sitzung freilich hatte die Schulmeisteri jede Autorität verloren. Der Graf verlor sich alsbald in philiströse Kannegeberei, als er die „höheren“ Gesichtspunkte seiner Politik enthüllen wollte. Doch hat er fraglos auch manches Richtige gesagt und er hat nicht ohne Wirkung erklärt, daß die Sozialdemokratie als eine Volksbewegung nicht mit Gewalt erdrückt werden könne. Er hat auch sehr nette Boshheiten gegen die Regierung einfließen lassen, aber sobald er die Grundzüge seiner antizöliberalen und antidemokratischen Anschauungen entwickeln wollte, wurde seine Vorlesung zum Teil einer politischen Kinderfibel: die Sozialdemokratie soll man bekämpfen durch Aufklärung des Volkes! Wie eigenartig, wie neu, wie wirkungsvoll, wie gedankenreich. Und das waren die großen Momente des heutigen Tages! Den Beginn hat der Herr v. Bayer gemacht, der das Arbeitsprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei entwickelte; für die Beleuchtung des Hauses sorgten die Reden, die Herr A r e n d t und in seinem bligen Pathos der hilflose Elzient M u m m a n die deutsche Nation hielten. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß auch die Weisheit dieser Größen nur in einer Empfehlung der Sammelpolitik bestehen konnte.

Am Sonnabend legt die Beratung mit einer Rede des Gen. L e d e b o u r ein.

Veteranenbeihilfen.

In dem neuen Etat sind 29 Millionen für Veteranenbeihilfen eingelegt. 500 000 Mk. bleiben in Reserve, um etwaige Mehrforderungen decken zu können. Die Verteilung erfolgt nach dem Verhältnis der Kopfzahl derjenigen

Kriegsteilnehmer, die in den einzelnen Bundesstaaten am 1. März 1912 als bezugsberechtigt anerkannt waren.

Daß noch immer eine große Zahl Veteranen nichts kriegen, und daß die Beihilfe völlig unzureichend ist, das ist lediglich die Schuld der bürgerlichen Parteien, die alle weitergehenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt haben.

Mittelständlerische Sorgen.

Die unter dem Patronat des Bundes der Landwirte stehende Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen klagt in ihren „Mitteilungen“:

„Die 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten können durch die große Macht ihrer Zahl einen solchen Einfluß auf den Reichstag ausüben, daß jeder Versuch, den Arbeitgeber vor Streikterrorismus und den kleinen Gewerbetreibenden und Kaufmann vor den existenzvernichtenden Folgen des Boykotts zu schützen, erfolglos bleibt. Auch muß damit gerechnet werden, daß unter der sozialdemokratischen Gruppe durch die soziale Gesetzgebung die Laffen für den Arbeitgeber derart vermehrt werden, daß einerseits der kleine Mittelstand seine Selbstständigkeit kaum noch zu behaupten vermag und daß andererseits der beschäftigte Arbeiter überhaupt nicht mehr daran denken kann, sich ein eigenes Geschäft zu gründen und in den Mittelstand aufzusteigen.“

Die Mittelstandsvereinigung, eine konservative Gründung, braucht natürlich nichts davon zu wissen, daß gerade konservative und Bündler in der schamlosesten Weise den Boykott andersgeinnter Geschäftsleute betreiben.

Die Konstituierung des Reichstagspräsidenten ist dem Kaiser schriftlich angezeigt worden.

Ein Berliner Mittagsblatt meldet:

„Das Schreiben, in dem der Reichstagspräsident dem Kaiser die Konstituierung des Präsidiums anzeigt, ist gestern (Donnerstag) an den Kaiser übermittelt worden. Die Frage wegen der Abgabe der Visitenkarten der Präsidenten bei Hofe wird demnächst entschieden werden.“

Der ganze Lärm um die persönliche Meldung der Präsidenten beim Kaiser ist — sofern diese Nachricht zutrifft — also wieder einmal ganz überflüssig und sinnlos gewesen.

Kassandra Schwerin-Löwiz.

Klagend, wie die Juden auf den Trümmern Jerusalems, saßen die Agrarier in den so recht zur Trauer und Zerknirschung geeigneten und bestimmten Räumen des Hotel Adlon, Unter den Linden in Berlin, wo diese notleidende Bevölkerungsschicht stets ihre Zusammenkünfte abhält, und es erob sich ihr Vorsitzender, der leider nicht mehr der Präsident des Reichstags ist, Se. Excellenz der Herr Graf von Schwerin-Löwiz, Schloßherr und Reichstagsabgeordneter von Demmin, Anklam und Treptow an der Tollenje. Und er sprach: Ein Stichtag ist dieses Festessen, an dem die deutschen Landwirte Bilanz ziehen über die Entwicklung der Landwirtschaft und des gesamten deutschen Volkstums. In den letzten Monaten haben wir etwas erlebt, was kein Zeichen einer in die Tiefe gehenden Entwicklung unserer Volkskraft war. Zwar ist in den letzten Jahren Arbeitslosigkeit und Arbeitsverdienst gestiegen. Der allgemeine Wohlstand hat zugenommen wie in keinem anderen Lande! Die Reichsversicherungsordnung war ein Werk christlich-sozialer Fürsorge. Des alles hat die Zurechtfindung des Volkes und die Liebe zum Vaterlande nicht vermehrt, sondern die planvolle Schürung der Unzufriedenheit gesteigert. Wohl niemals zuvor ist in einem Lande so ungeniert und gewissenlos von den Parteien das Parteiinteresse dem vaterländischen vorangestellt worden (ein plötzlich hier einsetzender Jubel hätte denken können, es werde von der Ablehnung der Erbanfallsteuer durch den Schnapsblock geredet), als in diesem traurigen Wahlkampf und noch bei der Präsidentschaftswahl im Reichstag. 110 Reichsfeinde, Feinde des Kaiseriums, sind in den Reichstag entsandt und einer von ihnen, der uns von der Tribüne des Reichstages die schwersten Beleidigungen des deutschen Kaiserhauses entgegen geschleudert, ist erster Vizepräsident! (So groß und ungerecht ist Scheidemann wohl kaum gewesen als gewisse Oberpatrioten während der Marokkokrise.) Ja, fast nur durch einen Zufall sei Bebel Reichstagspräsident geworden. Aber nicht um große Fragen sei der bürgerliche Parteikampf entbrannt, der zu so schrecklichen Folgen führe, es sei alles nur elender Jank um „vermeintliche“ Veranschlagung und „angebliche“ Ungerechtigkeit bei der letzten Reichsfinanzreform gewesen! Bekümmert mit der Graf nach den Zeiten des alten Frig und der sogenannten Befreiungskriege, wo man das Volk, den großen Lämmel, durch Verfassungsversprechen eingelullt, will sagen, patriotisch begeistert hat, daß die französische Revolution zurückgeschlagen wurde, worauf zum Danke das Volk noch tiefer unter das Juckerjoch gebeugt wurde. „Nur es wirklich erst zu großer Not des Vaterlandes kommen, so fragt Schwerin ganz im Stil derjenigen Konservativen, die nach des Kanzlers Wort das Schwert im Munde führen. Dann aber schaut er nach dem Mittel aus, das den Junkern und Heiligen auch fernerhin noch die Herrschaft verbürgen könnte und da steht er nur das Programm seiner entschlossenen, zielbewußten Mittelstandspolitik, denn den 4/5 Millionen sozialdemokratischer Wähler händen 2 Millionen Angehörige des gewerblichen Mittelstandes und über 3 Millionen Bauern gegenüber, die 30 Millionen Deutscher ernähren. Die Klust zwischen den Arbeitermassen und den Besitzenden müsse verkleinert werden. Wie das bei dem immer härteren Gegenjah gehen soll, davon schweigt Graf Schwerin. Sein Hochruf auf Kaiser und Bundespaß ist keine Antwort.

Wahlrechtsreform in Coburg-Gotha.

Das Staatsministerium der Herzogtümer Coburg und Gotha hat seinerzeit den Ausschuß des gemeinsamen Reichstages angefordert, ein Gutachten über eine eventuelle Änderung des Landtagswahlrechts abzugeben. Der Ausschuß sprach sich für die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts unter gleichzeitiger zeitgemäßer Einschränkung der Wahlrechte aus.

Im Seniorenkongress des Reichstages

wurde Freitag über die Vertretung der einzelnen Fraktionen im Seniorenkongress sowie über die Zuteilung der Kommissionsplätze an die Fraktionen beraten. Dabei kam man überein, daß an dem alten Modus festgehalten wird, daß jede Fraktion, die in dem Seniorenkongress vertreten sein will, 15 Mitglieder zählen muß; bezüglich der Verteilung der Kommissionsplätze wurde derselbe Standpunkt eingenommen, sodaß die Reichspartei, die jetzt nur 13 Mitglieder zählt, nicht als selbständige Fraktion angesehen werden kann. Sie wird demnach im Seniorenkongress nicht vertreten sein und muß zu Erringung von Kommissionsplätzen sich mit einer anderen Fraktion verbinden. Dann kam man überein, daß sofort nach der Staatsberatung die Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung des Plenums gestellt werden. Dabei sollen kurze Erklärungen abgegeben werden und die Angelegenheit der auf 21 Abgeordnete verstärkten Budgetkommission überwiesen werden. Ferner hielt man an den früheren Abmachungen fest, daß alle 14 Tage zwei Tage freigegeben werden. Die nächste Pause wird vom 24. bis 26. Februar eintreten.

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am Freitag in einer Dauersitzung die Etats der Forstverwaltung und der Domänenverwaltung zu Ende beraten. Bei dem Etat der Forstverwaltung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen unserm Genossen Ströbel und dem Zentrumsabgeordneten Busch. Ströbel hatte, wie im vorigen Jahre die Notwendigkeit einer Lohnverbesserung der Forstarbeiter und die Gewährung des vollen uneingeschränkten Koalitionsrechtes an sie betont. Dies veranlaßte den Abg. Busch, gegen die Sozialdemokratie unter allerhand dem Reichsverband einnommene Verdächtigungen loszuziehen und an die Regierung die strikte Aufforderung zu richten, die freien Gewerkschaften nicht zu dulden. Ströbel nagelte das arbeiterfeindliche Verhalten des Zentrumsvorsetzers fest und konstatierte vor aller Öffentlichkeit wiederholt, daß Busch im Einverständnis mit seinen Freunden sich als Gegner des Koalitionsrechtes bekannt habe. Der Landwirtschaftsminister stellte sich auf den gleichen Standpunkt wie der Zentrumsvorsetzer; auch er will freigewerkschaftliche Arbeiter in Staatsbetrieben nicht dulden. — Die Beratung des Domänenetats gab unserm Genossen Leinert Veranlassung, die Politik der preussischen Domänenverwaltung einer scharfen Kritik zu unterziehen und die Verschleierung des Etats zu kennzeichnen. Auf diese sachlichen Ausführungen wußte der Minister nichts weiter zu erwidern, als daß Leinert von den Verhältnissen nichts verstehe. Das ist die Art und Weise, wie man im preussischen Landtage sozialdemokratische Anregungen bekämpft. In diesem Etat nahm das Haus einen Antrag an, der die Regierung ersucht, in stärkerem Maße als bisher pachtfrei werdende Domänen in bäuerlichen Besitz zu überführen.

Montag beginnt die Beratung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen.

Agrarzoll treibt die Pacht.

Obt haben wir darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftlichen Schutzzölle nicht geeignet sind, die Landwirtschaft als solche dauernd zu fördern, sondern daß sie nur ein Geschenk an den gegenwärtigen Grundbesitzer darstellen. Sie setzen diesen in den Stand, bei einem eventuellen Verkauf seines Gutes einen dem kapitalisierten Mehrertrag aus den Zöllen entsprechenden höheren Preis zu fordern oder aber bei einer Verpachtung die Pachtsumme entsprechend in die Höhe zu schrauben. Der nächste Besitzer oder Bewirtschafter befindet sich also schon wieder in der gleichen wirtschaftlichen Situation, wie sie vor der Zollserhöhung bestand. Diese Konsequenz tritt auch ein, wenn der Grundbesitzer kein Privatmann, sondern der Staat selbst ist.

Nach einer kürzlich dem preussischen Abgeordnetenhause zugegangenen Nachweisung sind im Jahre 1911 44 preussische Domänen pachtfrei geworden, darunter 14 in Hannover, 11 in Hessen-Rassau, 5 in Brandenburg, 4 in Pommern, je 3 in Posen und Sachsen, je 2 in Westpreußen und Schlesien. Alle 44 Domänen hatten zusammen eine Fläche von 14630 Hektar und brachten einen Pachtzins von 606308 Mk. jährlich. Die Neuverpachtung für 1911 bis 1929 hat nun bei einer um 108 Hektar größeren Fläche 710549 Mark pro Jahr gebracht. Es entspricht dies einem Pachtzins von 48,80 Mk. pro Hektar gegenüber einem solchen von 41,40 Mk. in der abgelassenen Pachtzeit. Im einzelnen liegt der Pachtpreis pro Hektar in Hessen-Rassau von 63,60 auf 66,10 Mk., in Hannover von 63,60 auf 65,80 Mk., in Westpreußen von 27,70 auf 62,50 Mk., in Schlesien von 28 auf 42,03 Mk., in Brandenburg, das einige neue Domänen bekommen hat, von 36,20 auf 41,30 Mark, in Pommern von 21,70 auf 27,20 Mk., in Posen von 14,30 auf 20,60 Mk. Für 5 Domänen, von denen 2 in der Provinz Sachsen liegen, ist der Pachtpreis um eine Kleinigkeit zurückgegangen.

Auch die 1912 freierwerbenden Domänen haben mit Ausnahme von zweien bedeutend höhere Pachtverträge für die nächste Periode gebracht. So stieg z. B. der Pachtpreis pro Hektar in der Provinz Hannover von 58,30 auf 69,20 Mark, in Pommern von 32,20 auf 57,80 Mark, in Posen von 19,80 auf 48,80 Mark, in Brandenburg von 31,50 auf 44 Mark, in Ostpreußen von 11,80 auf 18,50 Mark usw.

Es ist selbstverständlich, daß diese neue Pächtergeneration sich nicht nur jeder Herabsetzung der Schutzzölle, die ja gewissermaßen die Grundlage der von ihr geschlossenen Verträge bilden, auf das energischste widersetzen wird, sondern daß sie auch binnen kurzem entdecken wird, daß zu einer rentablen Bewirtschaftung eigentlich ein noch höherer Zollschutz notwendig wäre. So stellt sich unser ganzes wirtschaftliches Schutzollsystem als eine Schraube ohne Ende dar.

Vertrauensvotum für Bassermann.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ teilt mit: Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat einstimmig durch Juraß den Abg. Herrn Bassermann zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt und hat auf eine aus ihrer Mitte gegebene Anregung mit allgemeiner freudiger Zustimmung beschlossen, diese Gelegenheit nicht vorüber-

gehen zu lassen, ohne ihrem in langen Jahren angestrebter und anregender parlamentarischer Tätigkeit bewährte Führer den herzlichsten Dank und gerade im Hinblick auf die Ereignisse der jüngsten Zeit die Versicherung ihres einmütigen unerschütterten Vertrauens und ihres Einverständnisses auszusprechen.“

Ob die Schiffer und Konferten an der Fraktionsbildung teilgenommen haben, ist aus dieser Meldung nicht ersichtlich.

Der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei

wird, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, für das Verhalten der Fraktion bei der Präsidentschaftswahl von den fortschrittlichen Parteioptionen im Reiche liberale Anerkennung und Zustimmung geößt.

Die Nationalliberalen

haben im Reichstage 18 Initiativanträge eingebracht.

Die nationalliberale Parteifrisse.

Die nationalliberale Partei wird offensichtlich durch eine Art Mainlinie geschieden. In Norddeutschland und in Sachsen drängt man nach rechts, in Süddeutschland will man davon nichts wissen, eher wäre man dort bereit, die Partei mehr nach links zu drängen. Wie der Widerstreit der Meinungen enden, welche Richtung schließlich noch die Oberhand gewinnen wird, das läßt sich heute nicht einmal nur vermuten. Innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion hat offenbar die liberale gerichtete Gruppe die Mehrheit, und auch sonst scheint die Einigkeit nicht gerade erheblich gelitten zu haben.

Rußland.

Hungersnot und Arbeitslosigkeit. Die gewaltige Hungersnot, die in diesem Jahr einen großen Teil Russlands heimgesucht hat, und die mit ihren Schrecken für selbst die fürchterliche Hungersnot von 1891 übertrifft, beginnt bereits auf das gesamte Wirtschaftsleben des Reiches hemmend einzuwirken. Zwei Momente sind es vor allem, die hier in Betracht kommen: erstens die völlige Abhängigkeit der Industrie vom inneren Markt, zweitens die gewaltige Aufschwüngen der industriellen Reservearmee. Läßt sich vorläufig in der Metallindustrie, wie überhaupt in der Produktion von Produktionsmitteln noch keine rückläufige Bewegung nachweisen, so hat in der Textilindustrie, die die wichtigsten Zentren Innerrusslands und Russisch-Polens beherrscht, die Krise bereits ihren Einzug gehalten. Schon vor etwa zwei Monaten wurde aus Swanowo-Wosnessensk berichtet, daß die Fabriken ihre Produktion um zwei Drittel herabgesetzt hätten und nur zwei oder drei Tage in der Woche arbeiten ließen. Seitdem hat sich die Lage im Moskauer Industriebezirk wie in Russisch-Polen nur noch verschlechtert. Hunderte von Firmen haben ihre Zahlungen eingestellt, die übrigen arbeiten nur 2 oder 3 Tage in der Woche. Die natürliche Folge ist, daß die Zahl der Arbeitslosen mit jedem Tage zunimmt, und daß auch diejenigen, die heute noch in Arbeit stehen, infolge der um die Hälfte herabgesetzten Arbeitszeit am Hungernde nagen. Ein anderer Grund der fortwährend an schwellenden industriellen Reservearmee ist der Zustrom der hungernden Bauern nach den Städten. Die Regierung hat zwar 100 Millionen Rubel zur Unterstützung der notleidenden Bauern und zur Veranlassung von öffentlichen Arbeiten bewilligt, aber die ganze bürokratische und die Trunkenbolde vom Roten Kreuz einen fetten Happen darstellt, erreicht nur zum geringsten Teile ihr Ziel. Die hungernden Bauern haben sich auf der Suche nach Arbeit nach allen Richtungen hin zerstreut, hunderttausende lagern unter freiem Himmel in den Städten, auf den Bahnanlagen, in den Hafenanlagen an der Wolga. In Saratow wurden kürzlich laut amtlicher Zählung 19443 Notleidende, darunter 4660 Arbeitslose, festgestellt, die buchstäblich hungerten. In Orenburg beläuft sich die Zahl der hungernden Arbeitslosen auf 15000! Ähnliche Zustände herrschen in sämtlichen Städten des inneren und des östlichen Russlands. Die Hungersnot hat längst aufgehört eine speziell agrarische Erscheinung in Russland zu sein. Sie trifft die arbeitenden Klassen in den Städten nicht nur indirekt, durch Einschränkung der Abgabemöglichkeiten für die Industrie, sondern auch direkt — durch eine gewaltige Steigerung der industriellen Reservearmee. Die Hungersnot sucht infolgedessen die städtische Arbeiterschaft mit nicht geringerer Heftigkeit heim, wie die durch die Mißernte betroffene Bauernschaft.

China.

Präsident Yuanjichai. In Nanking wählte, wie die „Times“ meldet, die chinesische Nationalversammlung Yuanjichai einstimmig zum Präsidenten der provisorischen Regierung. Die Nationalversammlung besteht darauf, daß Nanking Sitz der provisorischen Regierung werde, und daß Yuanjichai nach Nanking komme, um vor der Nationalversammlung auf die Verfassung den Eid zu leisten. Wie erinnerlich, hatte bereits Sunjatsen Yuanjichai die Aufforderung zukommen lassen, nach Nanking zu kommen. Dieser hatte aber daraufhin Tangschaoji mit seiner Vertretung in Nanking betraut. Nun wird er wohl selbst nach Nanking kommen müssen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 17. Februar. Achtung, Müller, und Mühlengarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grützmühle S. und J. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Bezug ist streng ferngehalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Eine Versammlung der Bürgererschaft findet am Montag, dem 19. Februar 1912, vorm. 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht ein in nichtöffentlicher Sitzung zu behandelnder Senatsantrag.

Zum Streik auf der Weichmühle ist augenblicklich nichts Neues zu berichten. Herr Brüggemann hilft sich mit seinen flehen Arbeitswilligen so schlecht, wie es eben geht, durch. Von den Hingebildeten sind noch sechs Mann vorhanden; einer ist von der Polizei abgeholt, die übrigen sind wieder abgereist. Es scheint, als wenn sie mit dem Verdienst doch noch nicht zufrieden sind. Wahrscheinlich sind sie es auf anderen Stellen besser gewöhnt. Es ist ein trostloses Bild, wenn man die Arbeiter dort tagsüber mit ansieht; gestern zum Beispiel war wieder etwas mehr zu tun als gewöhnlich, da mußte das Kontorpersonal kräftig mit tätig sein und Säcke heranschieben, was wir schon mehrfach beobachtet haben. Wir möchten den Eltern raten, ihre Söhne, die sie hoffentlich bloß zu schriftlichen Arbeiten in die Lehre gegeben haben, nicht zu solcher körperlichen Arbeit gebrauchen zu lassen. Etwas Gutes hat der Streik jedoch schon gebracht, indem das frühere Lohnsystem, durch welches oftmals Differenzen entstanden sind, abgeschafft wurde. Auch die Abrechnungen werden voll bezahlt. Herr Brüggemann wird sagen, daß diese auch früher voll bezahlt worden sind; wir müssen aber bemerken, daß, wenn wir im Herbst 3-4 Monate von 6-8 Uhr länger arbeiten, wurde nur 1/2 Stunde bezahlt; allerdings wurde dann eine halbe Stunde Vesper gewährt. Dieses Überstundenlohn wäre noch zu verstehen gewesen, wenn die halbe Stunde Vesper von der Zeit abgezogen würde; aber die Herren ziehen ja einfach von den überstundeten ab. Jetzt wird nun, wenn abends bis 8 Uhr gearbeitet wird, 1/2 Stunde Vesper gemacht, und die zwei Stunden voll bezahlt. Wir fragen, warum ist dies nicht früher gemacht worden, da wir doch schon oftmals an die Firma herangetreten sind, mit dem Bemerkten, daß wir an 1/2 Stunde Vesper genug hätten und die zwei Stunden sollten voll bezahlt werden; ein Entgegenkommen wurde aber nicht gezeigt, denn der Herrenstandpunkt mußte gewahrt werden. Wäre dies früher geschehen, so wäre der ganze Konflikt vermieden worden. Aber Herr Brüggemann hat einmal soweit getrieben, so daß der Kampf geführt werden muß.

Die Streikleitung der Mühlenarbeiter.

Kein Straporto für falsch bestellte Postsendungen. Von der Erhebung eines Straportos für falsch bestellte Postsendungen ist sehr viel zu lesen. Eine Bekanntmachung der Postbehörde soll darauf aufmerksam machen, daß Briefe und Postkarten, die falsch bestellt waren und in den Briefkasten gelegt werden, mit Straporto belastet würden. Dem ist nicht so, und Anlaß zu dem Irrtum hat vielleicht eine vor ungefähr zwei Jahren getroffene Bestimmung über die Nachsendung von Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben gegeben. Wenn solche Sendungen nach der Auslieferung mit einem neuen Bestimmungsort versehen im Briefkasten vorgefunden werden, so gelten sie als unfrankiert und werden nur abgesandt, wenn sie von neuem frankiert sind. Gewöhnliche Briefe und Postkarten jedoch, die mit einer neuen Adresse zur Nachsendung in den Briefkasten gelegt werden, werden ohne weiteres nachgeschickt.

Zur Reichsversicherungsordnung. Man schreibt uns: Nach der Bekanntmachung des Reichsversicherungsamtes vom 20. Januar 1912 im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 6. Februar 1912 und der Bekanntmachung des Versicherungsamtes vom 8. Februar 1912, hat jeder Unternehmer eines Betriebes oder von Tätigkeiten, die erst die Reichsversicherungsordnung der Unfallversicherung unterstellt, bis zum 15. März 1912 einschließlich beim Versicherungsamt anzumelden. Anzumelden sind Apotheken, Gerbereibetriebe, Gewerbebetriebe, in denen Bau- und Dekorationsarbeiten ausgeführt werden, Steinzerkleinerungsbetriebe, Betriebe von Badeanstalten, gewerbsmäßige Binnenschifffahrt, Fischzucht, Landwirtschafts- und Eisgewinnungsbetriebe, das Halten von Fahrzeugen auf Binnenwasserstraßen, gewerbsmäßige Fahr-, Reittier- und Stallhaltungsbetriebe, das Halten von anderen Fahrzeugen als Wasserfahrzeugen, wenn sie durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, das Halten von Reittieren, Betriebe zur Beförderung von Personen oder Gütern, Holzfüllungsbetriebe, Betriebe zur Behandlung und Handhabung der Ware, wenn sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgeht. — Nicht anzumelden sind die der Unfallversicherung erst in vollem Umfange unterstellten Betriebe und Tätigkeiten, welche bereits versicherungspflichtig und angemeldet waren, sowie alle Betriebe und Tätigkeiten, in welchen der Unternehmer allein ohne Gehilfen, Lehrlinge oder sonstige Arbeiter tätig ist. — Anmeldeunterlagen werden im Geschäftszimmer des Versicherungsamtes, Mühlenstraße 72, Zimmer Nr. 8, unentgeltlich abgegeben.

Das Gewerbegericht verhandelte gestern abends gegen die Firma Richter (Ghemnitz), welche am 6. Januar verurteilt wurde, den Bauarbeitern W. Schult und C. Ruge den fälligen Lohn zu zahlen. Gestern bezweckte die Klage, an Schult und Ruge eine Entschädigung von 28,60 Mk. zu zahlen für die Zeit, da ihnen die Entlassungspapiere vorenthalten sind. Die Kläger machten geltend, daß sie ohne den letzten Entlassungsschein keine Arbeit hätten erhalten können. Der Vertreter der beklagten Firma, Zimmermeister C. Behrens, erklärte, den Beweis antreten zu wollen, daß, wenn die Kläger auch die Entlassungspapiere gehabt hätten, dieselben in dieser Zeit von den Nachweiser doch keine Arbeit erhalten hätten, weil in dieser Zeit keine Leute eingestellt seien. Der Vertreter der beklagten Firma machte dann einen Vergleichsvorschlag, wonach die Kläger 12 Mk. erhalten sollten. Vom Vorsitzenden wurden 14 Mk. vorgeschlagen, womit sich denn die Kläger, um einen weiteren Termin zu vermeiden, einverstanden erklärten.

Der Elbe-Trade-Kanal wird am 1. März für den Verkehr wieder freigegeben.

Sterbender Winter. Schien es anfangs, als trane sich der strenge Herr auf die sommerlich so stark erwärmte Erde gar nicht nieder, so setzte er prompt am 1. Januar in aller Strenge und Vielseitigkeit ein, als wenn er marschbereit nur auf das neue Jahr gewartet hätte. Kälte, Eis und Schnee, alles an einem Tage, und Furchen und Wälder hatten über Nacht die schützende Winterdecke. Das große Leichentuch lag ausgebreitet über den längst sich nach ihm sehnen Pflanzen, Sträuchern und Bäumen. Die Teiche und Wasser froren und jung und alt vergnügten sich in dem graziösen, wiegenden G eisport. Ein echter, rechter Winter, an dem auch wir nüchternen Menschen Freude hatten. Ein paar Tage Schnee, dann Ruhe bis zum — Stichwahltage. Man konnte ohne Beschwerde laufen, und wo es zu weit war, ging's per Schlitten zum Tätigkeitsort. Kein Hindernis, keine verwehten Straßen: Wahlwinter. Nach dem 20. Januar schien er müde geworden zu sein, und vorlaute Meteorologen und Wetterpropheten sagten dem alten Herrn einen baldigen Tod an. Doch das verfehlte unseren Bestrengen in nicht geringerem Maße. Mit nervösen Händen rührte er sein Federbett, in das er anscheinend sich schon zur Ruhe gelegt hatte, um, daß uns armen Erdenskindern schier angst und bang wurde. Herrgott, war das ein Schneegestöber. Die Straßen, Wege und Eisenbahnen schienen verschneit. Der Schneepflug und die Schaufel konnten in Tätigkeit, und Mensch und Tier kämpften mühsam, um vorwärts zu kommen. Und zu allem die Räte! Ohren- und Nasenwärmer, die längst vergessen und ein beständiges Mauerblümchendasein führten, kamen

wieder in Ehren und werden die vertrauesten Menschenfreunde. Nach dieser anstrengenden Tätigkeit legt sich unser Bestrenger zur Ruhe. Gleich einem Helden, der im Siege gestorben, liegt er da, ein Bild grandioser Majestät. Die großen, weißen Tupper auf allen Sträußern, und wohin das Auge schaut, glitzert und funkelt wie Diamanten. Es sind die von der Sonne gestäubten Gestrirale. Und am Abend das selbe Bild. Dasselbe Glitzern überall, dazu der silberhelle Mond, und über allem jene große, erhabene Ruhe, die den Dichter zu der bekannten Ode hinriß: „Anbetend steh ich hier!“ — O du große, erhabene Natur. Unscheinend wars die letzte Tat; denn schon krebt ein anderer begehrend seine Hände nach dem Szepter aus: jener junge, muntere Geselle: der leuchtet dem müden, alten Herrn mit seinen warmen Sonnenstrahlen ins Gesicht. Dieser bekommt das Todesgrauen. Der Schnee bringt ihn aus allen Poren. Der Schnee schmilzt; das Eis taut und die Käpchen der Sträucher machen ihre so lange verschlossenen Türen vorsichtig auf und grüßen die munteren, lachenden Sonnenstrahlen. Ein Strecken und Dehnen in der Natur. Ein warmes Lüftwehen: es will Frühling werden! Noch ein paar Faltungen des Sterbenden und der junge, storgeschmückte Lenz tritt die Herrschaft an.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Januar 1912. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1911); es betrug die Zahl der

	Summe	auf 1000 Einwohner
Geburteilungen	36 (45)	4,25 (5,87)
Geburten	191 (166)	22,53 (19,83)
Sterbefälle	152 (144)	17,93 (17,20)

Die Geburten nahmen also gegen das Vorjahr um 25 und die Sterbefälle um 8 zu, die Geburteilungen dagegen um 9 ab. Die natürliche Bevölkerungszunahme belief sich also auf 39 (22). Unter den Geborenen waren 24 oder 12,57 Prozent (25 oder 15,06 Prozent) unehelich und 9 oder 4,71 Prozent (6 oder 3,61 Prozent) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 22 (28) Fällen auf unter 1 Jahr und ging in 31 (38) Fällen über 70 Jahre hinaus. Todesursachen waren in 27 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane (insbesondere Herzerkrankungen), in 12 Lungenerkrankungen, in 11 Krebs und in 9 Lungenschwindsucht und Krankheiten der Atmungsorgane. Ansteckende Krankheiten führten 5 mal zum Tode, 2 mal Malaria, 2 mal Diphtherie, und 1 mal Kindbettfieber. Zur Anzeige gebracht wurden 198 solcher Krankheiten, 108 mal Malaria, 42 mal Diphtherie, 41 mal Scharlach, 5 mal Typhus und je 1 mal Wochenbettfieber und Genickstarre. Gewaltsamen Todes starben 7, davon 1 durch Selbstmord und 6 durch Verunglückung. Die Wanderungsbewegung endete mit dem Gewinn von 44 Personen; 1599 Zuzüge standen 1555 Abzüge gegenüber.

Warnung vor dem Genuß ungekochter Milch. Das Medizinamt erläßt folgende Warnung: Nachdem in den letzten Wochen in Lübeck mehrfach Typhuserkrankungen aufgetreten sind, die mit Wahrscheinlichkeit auf den Genuß roher, mit Typhuskeimen infizierter Milch zurückzuführen sind, wird vor dem Genuß ungekochter Milch eindringlich gewarnt. Nicht nur Typhus, sondern auch andere ansteckende Krankheiten, wahrscheinlich auch Diphtherie und Malaria, können durch den Genuß infizierter Milch auf den Menschen übertragen werden.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich zu Ende des Monats Januar und zu Anfang des Februar wenig verändert. Die Sterblichkeit ist in der Woche vom 28. Januar bis zum 3. Februar in den meisten deutschen Städten fast dieselbe geblieben wie in der Vorwoche. Auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet betrug die Sterblichkeit von den Städten mit mindestens 70000 Einwohnern in Altona 18,5, Berlin 16,0, Braunschweig 15,0, Bremen 14,5, Breslau 22,1, Charlottenburg 14,3, Dresden 14,9, Frankfurt a. M. 12,0, Hannover 12,6, Hamburg 15,4, Kiel 12,0, Köln 16,3, Leipzig 15,0, Lübeck 17,0, Magdeburg 17,1, München 15,4, Nürnberg —, Rixdorf —, Schneberg —, Stettin —.

Handelsregister. Am 16. Februar 1912 ist eingetragen 1. bei der Firma Hochfenwerk Lübeck Aktien-gesellschaft in Lübeck: Der Stützendirektor C. Verzier in Hochbad ist zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt; 2. bei der Firma Hermann Bander in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Hansa-Theater. Ab gestern abend wird ein neues Spezialitäten-Programm vorgeführt. An erster Stelle ist wohl die Familie Liviers zu nennen, die auf zwei neben-einandergeräumten Seiten die schwierigsten und bewundernswertesten Attraktionen ausführt. Auch der orientalische Akrobatentakt bietet großartige Leistungen. Für Humor sorgen die beiden komischen Barodisten Reb und Beer. Die Hauptanziehungskraft des Abends aber bildet nach wie vor Harry Walden mit seiner ebenbürtigen Partnerin Claire Kretschmer, in dem jetzt abendlich zur Ausführung gelangenden „Brettkönig“. Es ist wirklich ein Genuß, das glänzende Spiel dieser beiden zu beobachten und sollte es sich niemand entgehen lassen, das Hansatheater noch während dieses Spielplans zu besuchen. Jeder wird sicherlich dabei auf seine Kosten kommen.

pb. Fundunter-schlagnng. Am Sonntag, dem 11. d. M. ist einer Dame auf dem Wege von der Stadt über Genin Moising und Moisinger Baum, eine goldene, feingliedrige Halskette im Werte von etwa 50 Mk. verloren gegangen. Da das Schmuckstück bis heute im Fundbureau des Polizeiamtes nicht abgegeben worden ist, so dürfte Fundunter-schlagnng vorliegen.

pb. Verhafteter Betrüger. Festgenommen wurde ein Kaufmann aus Marne, der sich hier und in Marne zahlreicher Betrügereien schuldig gemacht hat.

pb. Gestohlene Wäsche. In der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. sind einem in der Moisinger Heide wohnhaften Arbeiter folgende Wäschestücke von der Leine gestohlen: 2 weißgebläute leinene Bettbezüge, 2 Herren-Trikothemden, 2 weiß- und blau karierte Reformschürzen, 3 weißleinene Damenhemden, 3 Küchenhandtücher mit roten Streifen, 1 weißleinene Leuchtbluse und 3 weißleinene Damenbinden. Die Stücke sind größtenteils mit den Buchstaben: „S. P.“ gezeichnet.

pb. Festgenommen wurde in Giesensdorf ein vorbestrafter Landstreicher wegen Sachbeschädigung. Er schlug aus Wut darüber, daß der dort wohnhafte Gastwirt, der ihn schon zwei Tage beherbergt hatte, ihn unentgeltlich keinen Kümmer verabfolgen wollte, mit seinem Stocke mehrere Fensterscheiben ein.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag gelangt das Schauspiel „Die Bäuerin“ von C. Diebig, hierauf das Lustspiel „Zum Einsiedler“ von Jacobson und zum Schluß die lustige Operette „Guten Morgen Herr Fischer“ von Friedrich mit der Musik von C. Stiegmayer zur Aufführung.

Neues Stadthetheater. Man schreibt uns: Morgen-Sonntag nachmittags 3 Uhr, gelangt als einmalige Opern-

Volksvorstellung Lorchings kömische Oper „Zar und Zim mermann“ zur Aufführung. Als von Welt wird Herr Wschner von der Volksoper in Wien, der für die nächste Spielzeit als Kapellmeister in Aussicht genommen ist, ein Gastspiel absolvieren. Der Eintrittspreis beträgt 75 Pf. pro Person auf allen Plätzen. Der Vorverkauf resp. die Auslosung der Billets findet heute, Sonnabend, abends von 8 bis 9 Uhr, an der Theaterkasse statt. Am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, geht in neuer Einstudierung die reizvolle Operette „Boccaccio“ von Suppé mit der Hofoperndängerin Frieda Schreiber vom Hoftheater in Schwerin als Gast in der Titelrolle bei gewöhnlichen Preisen in Szene. Die übrigen Hauptrollen sind mit den Damen Jansen, Renner, Reiffe, von Neuendorf, sowie den Herren Kollwitz, v. Schenk, Schorn, Pauly, Hofmann besetzt. — Montag geht die Oper „Mignon“ von Thomas nochmals in Szene. — Am Dienstag findet ein Gastspiel Benarini als „Tannhäuser“ bei gewöhnlichen Preisen statt.

Hamburg. Schwere Baunfall an der Luftschiffhalle in Fuhlsbüttel. Am Freitag früh passierte an der Luftschiffhalle in Fuhlsbüttel ein großer Unfall. Gines der Laue, worin die als Stellage benutzten Dachdeckerböcke hingen, riß entzwei und drei von den Arbeitern, die mit dem Befestigen der Abstellplatten beschäftigt waren, stürzten aus einer Höhe von 27 Metern herab. Die Namen der Verunglückten sind: Apitz, Wiesemann und Butler. Apitz erlitt schwere innere Verletzungen; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Wiesemann ist ebenfalls verletzt. Butler konnte beim Fallen noch die Riemen fassen und ist dadurch leichter davon gekommen.

Schwerin. Ein Schlag gegen den mecklenburgischen Dschentopf. Die nationalliberale Partei und die Fortschrittliche Volkspartei des Reichstages haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht, auf Annahme eines Gesetzes, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten. Nach diesem Gesetz soll Artikel 3 der Verfassung folgenden Zusatz erhalten: „In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“ — Wenn die antragstellenden Parteien wirklich liberal denken und handeln würden, so hätten sie das Reichstagswahlrecht verlangt.

Oldenburg. Nachklänge zum Hafenarbeiterstreik in Brake. Wie die Justiz bemerkt ist, die nützlichsten Elemente des Geldsacks zu schützen, geht auch aus einer Verhandlung vor der Strafkammer in Oldenburg hervor, über die unser oldenburgisches Parteiblatt, das „Norddeutsche Volksblatt“ in Rühringen berichtet: Der Hafenarbeiter B. war angeklagt, anlässlich des Hafenarbeiterstreiks in Brake die Arbeitswilligen auf dem Dampfer „Darmstadt“ teils vom Pier aus, teils aus einem Boot heraus bedroht zu haben, indem er ihnen die Worte zugerufen haben soll: „Ihr seid Eures Lebens nicht sicher! Was wollt Ihr machen, wenn wir mit unserm sechshundert Mann den Kahn und den Pier stürzen?“ B. bestritt es ganz entschieden, daß er die ihm zur Last gelegten Äußerungen in dieser Form gebraucht, er sagte vielmehr: „Fallt uns nicht in den Rücken! Wir sind doch alle Arbeiter! 600 Mann kämpfen an Land für Brot und Familie! Ihr bekommt Euer Reijegeld in die Heimat!“ Einige als Zeugen vernommene Metallarbeiter bestätigten, daß B. sich so ausgedrückt habe, während der Kontrolleur Buschmann und Schiffsarzt Köhnebeck behaupteten, es sei gesungen worden: „Kommt alle herunter! Ihr seid Eures Lebens nicht sicher!“ Buschmann gibt aber auch zu, daß ein Irrtum seinerseits nicht ausgeschlossen sei. Der Staatsanwalt hielt trotz dieser Einschränkung der Zeugenaussage den Angeklagten des Vergehens im Sinne der Anlage für überführt und beantragte sechs Wochen Gefängnis; eine Abmilderung durch Geldstrafe sei nicht am Platz, weil damals so ungezügelter Verhältnisse vorlagen, das heißt, weil Streikführer „Kräutlein rühr mich nicht an“ sind. Dabei hatte auch der Zeuge Köhnebeck gemeint, die inkriminierte Äußerung sei zu einer Zeit gefallen, wo B. nicht unbedingt in Betracht komme. Trotzdem stützt sich das Gericht gerade auf diesen Zeugen, der nach Meinung des Gerichts, vollkommen uninteressant an dem ganzen Handel gewesen ist. Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung oder eine niedrige Geldstrafe. Das Gericht ging jedoch nach über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. Eine Bedrohung liege zwar nicht vor, wohl aber eine Nötigung im Sinne des § 240. Wenn man auch als strafmildernd die damaligen unruhigen (!) Zeiten in Betracht ziehen müßte, so könne doch der Staat nicht dulden, daß Arbeitswillige mit Gewalttätigkeiten bedroht würden. Schon um des Eindruckes nach außen hin hielt das Gericht deshalb eine strenge Strafe für richtig. Der Eindruck nach außen“ dürfte nur ein ganz anderer sein, als man anzunehmen scheint; denn die sogenannten „nützlichen Elemente“, die anständigen und ehrlichen Arbeitern in den Rücken fallen, genießen in der Öffentlichkeit glücklicherweise denn doch eine Wertschätzung, die mit den Anschlägen der Justiz so gar nicht konform geht. Aber was macht's! Der Hafenarbeiter hat erst mal seine zwei Monate Freiheitsentziehung weg und der Staat ist gerettet!

Spielplan der Vereinigten Stadthetheater, Lübeck.
Vom 20. Februar bis 25. Februar 1912:
Neues Stadthetheater. Dienstag, den 20. Februar: „Tannhäuser.“ Oper von Rich. Wagner. — Mittwoch, den 21. Februar: „Orpheus in der Unterwelt.“ Burleske Operette von Offenbach. — Donnerstag, den 22. Februar: „Hans Sonnenstörbers Höllefahrt.“ Ein heiteres Trauerspiel von Apel. — Freitag, den 23. Februar: „Undine.“ Romantische Oper von Lorching. — Sonnabend, den 24. Februar: „Was ihr wollt.“ Lustspiel von W. Shakespeare. — Sonntag, den 25. Februar, nachmittags: „Der Rodelzeigener.“ Operette von Josef Sngar.
In Vorbereitung: „Die Rheinnixe.“ Lustspiel von Heine. Stobiger. — „Eugen Onegin.“ Oper von P. Tschaikowsky.
Stadthallen-Theater. Freitag, den 23. Februar: „Doktor Raus.“ Lustspiel von Arronge. — Sonntag, den 25. Februar: „Die Anna-Liese.“ Schauspiel von Herrn. Herrsch.

Literarisches.
Eingegangene Schriften und Bücher.
„Arbeiter-Jugend“, Nr. 4.
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Sch. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.
Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Lehmann u. H. M. y, Tuchfabrik in Spremberg bei.



Gesangverein „Eintracht“.

Gross. Maskenball

am Sonntag, d. 18. Februar 1912

in sämtl. Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
Um 8 Uhr: **Großer Maskenzug.** Demaskierung 12 Uhr.

Sämtliche Aufführungen finden präzise von 6-8 Uhr statt.

Tanz für Zuschauer von 6-8 Uhr und 12-4 Uhr.

Eintrittspreis für Mitglieder 40 Pfg., eine Dame frei.

Eintrittspreis für Fremde 80 Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben: Kluth, Gewerkschaftshaus, Wittfoot, Huxstraße 18, F. Lender, Huxstraße 94, H. Stoll, Reiteich 16 (Eisenbahnkeller), Karl Dose, F. Kähler, Karpienstraße 26, G. Ehlers, Huxstraße 110, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern. Karten für Mitglieder werden nur vom Boten, H. Hümöller, Allstraße 31, bis zum 17. Februar und Sonnabends von 9-10 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.

NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Masken-Garderobier: Gust. Will, Wahnstraße 34.

Masken-Anzüge sind im Lokale zu haben.

Das Komitee.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr, 65 Pfg.

Sterbekasse „Die Vertrauliche“

Lübeck.

Die Verwaltungsgeschäfte liegen für das Rechnungsjahr 1912 in den Händen der Vorstandsmitglieder J. W. H. Drath u. J. J. Vagt.
Der Vorstand.

Lübeck, den 16. Februar 1912.

Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

ämtlicher in

Schwartau

und Umgegend wohnhaften Kollegen

am Sonntag, 18. Februar

nachmittags 4 Uhr

im Lokale des Herrn Pinkert

(Gasthof Trausvaal.)

Tagesordnung:

1. Wahlen.

2. Kartellbericht.

3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Montag, den 19. Februar,

abends 8 1/2 Uhr

Bauschlösser-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52

Wichtige Tagesordnung.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Ges. lenausschuss.

Adlershorst.

Jeden Sonntag

Tanzkränzchen

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:

Ballmusik.

Seefahrer-Krankenkasse (E. G. H. Nr. 16.)

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, d. 25. Febr., nachm. 4 Uhr bei Herrn J. Jürg, Engelsgrube 59.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

Wir machen auf §§ 2 u. 26 des Statuts besonders aufmerksam.

Der Vorstand.

Konzerthaus „Flora“.

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

H. Pagel.

Friedr. Franz-Halle

Jeden Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr.

Endstation Krankenhaus.

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

F. L. Paetaus Gesellschaftshaus

Fackenburg.

Montag, den 19. Februar:

Fackener Markt.

Große Tanzmusik.

Tanzabonnement 30 Pfg.

Fackener Markt.

Montag, den 19. Februar:

Grosse Tanzmusik

Abonnement 30 Pfg.

H. Dose.

Gasthof Kl. Mühlen.

Am Sonntag, dem 28. April:

Tanzmusik.

Medelbörger Sandtrog

bi de Lohmühl Nr. 1

Wegen dat geförte Boockberfest am

18. Januar seh id mi veranlast, up

Wunsch miener wehrten Gäst en

tmets

Boockberfest

am Sünndag, d. 18. Februar to

veranlasten, woto fründlichst inlad

H. Luckmann.

NB. Kappen u. Leder gift dat gratis.

Carl Lachmanns Restaurant,

Schmiedestraße 3.

Bringe allen Freunden und Bekannten mein Restaurant in freund-

liche Erinnerung.

Carl Lachmann.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei. Gustav Gipp.

HANSA-HALLE.

Morgen Sonntag, den 18. Februar:

Gr. öffentliche Volksmaskerade

verbunden mit Kappenfest für Zuschauer.

Prinz Karneval im Gala-Gespinn, gezogen von

einem Bluthengst.

Lokalöffnung 5 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende morgens.

Maskengarderobe und Friseur im Hause.

Verband der Friseurgehilfen Deutschl.

Zweigverein Lübeck.

Einladung zum Stiftungsfest

bestehend in Ball, verbunden mit Kappenfest

am Sonntag, dem 25. Februar 1912

im „Gesellschaftshaus Monopol“, Johannisstraße 25.

Anfang 6 Uhr. Um 10 Uhr Neberrauschung. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., Damen frei. Nach Schluß Kaffeetafel.

Das Komitee.

Verband der Schneider, Schneiderinnen

und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Lübeck.

Einladung zum Kappenfest

am Sonntag, dem 3. März 1912,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 6 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einz. Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

NB. Ohne Kappe ist der Zutritt nicht gestattet.

Hansa-Theater.

Telephon 610 8 1/2 Uhr 8 1/2 Telephon 610.

Ab Freitag, den 16. Febr. 1912:

Auftreten neuer Spezialitäten

Red und Beet Iben Obet

Die komischen Parodisten. Orientalischer Akrobaten-Akt.

Familie Liviers

Doppeldrahtseil-Akt.

Ferner allabendlich:

Der Brettelkönig

mit Harry Walden als Gast in der Hauptrolle.

Sonntag, den 18. Februar, nachm. 4 Uhr zu kl. Preisen:

Volks- und Fremden-Vorstellung.

Quartett-Verein „Amicitia“.

Kappenfest

verbunden mit

humoristischen Aufführungen

am Sonntag, d. 18. Febr.

im Gesellschaftshaus Monopol.

Um 11 Uhr: Gr. Schneeballschlacht.

Anfang 7 Uhr.

Starten im Vorverkauf 50 Pfg.

An der Kasse 60 Pfg., eine Dame

frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür

Garderobe.

Der Vorstand.

Verband der

Schiffzimmerer Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

Fastnachts-Ball

am Sonntag, dem 18. Februar

im Lokale „Neu-Lauerhof“,

Arminstraße 33.

Anfang 5 Uhr. Ende morgens.

Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg.,

wofür Garderobe.

Das Komitee.

Konzerthaus

Zauberflöte.

Morgen

Sonntag, d. 18. Febr.:

7. Bockbier-Fest

dazu die neue Kapelle

Oberbayrische Musik-

und Gesangs-Truppe

D' lustig. Traunsteiner

7 Damen, 2 Herren.

Neue Lieder und Kappen

gratis.

Eintritt frei.

Anfang 4 Uhr.

Ludwig Kock.

UNIVERSUM.

Treffpunkt aller

fröhlichen Menschen!

Heinr. Kalmberg-Ensemble

Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.

Entree 20 Pfg.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 18. Febr. Nachm. 3 Uhr.

Einmalige Opern-Volksvorst.

Jeder Platz 75 Pfg.

Zar und Zimmermann.

Romische Oper von Lorhing,

von Bett . . . Max Wagner a. G.

Vorverkauf der Billette für diese

Volksvorstellung, heute Sonn-

abend von 8-10 Uhr abends an

der Theaterkasse.

Alle Plätze werden ausgelost.

Sonntag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr.

Vol. 216. 130.

Gewöhnliche Opern-Preise.

Gastspiel der Sopranfängerin

Frieda Schreiber

vom Hoftheater in Schwerin.

Boccaccio.

Operette von Franz von Suppé.

Montag, 19. Februar, 7 1/2 Uhr.

Mignon.

Oper von A. Thomas.

„Mignon“. Lily Schmidt a. Gast.

Vorläufige Anzeige.

Dienstag, 20. Februar, 7 1/2 Uhr.

Bei gewöhnlichen Opernpreisen!

Gastspiel des Kap. Kammerjägers

Alois Pennarini

vom Hamburger Stadttheater.

Tannhäuser.

Große Oper von R. Wagner.

Stadthallentheater.

Sonntag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr.

Die Bäuerin.

Schauspiel von Meibig.

Zum Einsiedler.

Luftspiel von Jacobson.

Guten Morgen Herr Fischer.

Operette von W. Friedrich.

Musik von Stiegmann.

Vorverkauf täglich in den bekannten

Stellen bei Nagel, Markt 14, und

Rob. Kohlmarkt 13.

Sozialdemokratische Initiativanträge im Reichstage.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am 14. Februar die erste Serie Initiativanträge eingebracht. Sie zerfallen zunächst in zwei Gruppen: Anträge staatsrechtlicher Natur, die auf eine Erweiterung der Rechte des Reichstages hinauslaufen und sozialpolitische Anträge. Nachstehend geben wir den Wortlaut der Anträge:

1. Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz:

In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

2. In Art. 11 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs sind hinter den Worten (Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung) „Des Bundesrats“ einzuschalten „und des Reichstages“ (erforderlich).

3. In Artikel 17 werden die Worte: (des Reichskanzlers), welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt, gestrichen.

Hinter Artikel 17 sind folgende Bestimmungen einzufügen:

Artikel 17 a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

(In weiteren Artikeln 17 b bis i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Anklage des Reichskanzlers, Verfahren gegen ihn, Schadenersatz etc. gegeben).

4. In die Verfassung des Deutschen Reiches wird nach Artikel 23 nachfolgender Artikel eingefügt:

Artikel 23 a.

Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klarstellung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren.

Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeitverhältnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgestellt wird.

5. Dem Artikel 30 der Reichsverfassung werden folgende Sätze hinzugefügt:

Demgemäß sind die Mitglieder des Reichstags auch berechtigt, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern. Gegenstände, die ein Mitglied des Reichstages in dieser Eigen-

schaft erhalten hat, und die sich in seinem Besitz oder seiner tatsächlichen Gewalt befinden, sind der Beschlagnahme entzogen. Dasselbe gilt von den Aufzeichnungen, die Mitglieder des Reichstages in dieser Eigenschaft gemacht haben.

Der Artikel 31 der Reichsverfassung erhält folgende Fassung:

Artikel 31.

Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Auf Verlangen des Reichstages muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs-, Straf- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

§ 52 der Strafprozeßordnung erhält folgende Fassung:

Zu Absatz 1:

„Mitglieder des Reichstages, eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates und Mitglieder eines kommunalen Vertretungskörpers in Ansehung dessen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist.“

6. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festlegung angemessener Übergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgelegt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden.

7. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der in Theater-, Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singpiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen für das ganze Reich geregelt werden.

Die Untersuchungsbehörde soll bestehen: a) aus vom Bundesrate zu ernennenden Sachverständigen des Bergbaues, b) aus vom Reichstage zu wählenden Beisitzern, c) aus von den Bergarbeitern zu wählenden Vertrauensleuten.

8. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der in Theater-, Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singpiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen für das ganze Reich geregelt werden.

9. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund von § 120 f der Gewerbeordnung eine Verordnung zu erlassen, welche

1. für die in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter die Dauer der Arbeitszeit auf 8 Stunden des Tages beschränkt und in Glashütten die Nacharbeit an den Glasöfen behufs Verarbeitung der Glasmasse und an den Strecköfen das Strecken verbietet;

2. in Glashütten das Arbeiten an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der erforderlichen Unterhaltung des Feuers an den Öfen, allgemein verbietet und anordnet, daß an Wochenenden die Arbeit an Glas- und Strecköfen, bei denen Schichtwechsel eingeführt ist, die erste Schicht nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und die zweite nicht nach 10 Uhr abends enden darf.

10. Abänderung des Gesetzes betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes vom 21. Juni 1869.

Im § 4 wird die Nummer 4 dahin geändert: 4. insoweit der Gesamtbetrag der Vergütung (§§ 1, 3) die Summe von zweitausendfünfhundert Mark (statt gegenwärtig 1500 Mark) übersteigen hat.

11. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die für gewerbliche oder andere Unternehmungen errichteten Pensionskassen unter Beobachtung folgender Grundsätze für das ganze Reich einheitlich geregelt werden:

1. Festlegung einer Maximalgrenze der Eintrittsgelder und Beiträge. Die Beiträge der Unternehmer haben mindestens 50 Prozent zu betragen;

2. Selbstverwaltung der Kassen durch Vertreter der Mitgliedschaft unter Teilnahme der Werksvertretung. Doch muß die Arbeitervertretung entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung der internen Kassenverhältnisse haben. Die Wahl der Arbeitervertreter hat auf Grund des geheimen, direkten Wahlrechts zu erfolgen. Das Wahlrecht ist allen aktiven, invaliden und freiwilligen Kassenmitgliedern zu erteilen. Beamte dürfen nur als Unternehmervvertreter zugelassen werden. Durch Entlassung aus der Arbeit darf dem Arbeitervertreter das Mandat nicht verloren gehen;

3. Sicherung der erworbenen Pensionsansprüche, nach freiwilliger oder unwillkürlicher Aufgabe der Werkarbeit, durch Zahlung einer mäßigen Anerkennungsgebühr; oder freiwillige Zahlung des früheren Beitrages; im letzteren Falle entsprechende Steigerung der Pensionsansprüche. Gegenleistungsverhältnis der Kassen. Rückzahlung der Einzahlungen, abzüglich der Verwaltungskosten, an solche ausscheidende Mitglieder, die mehr als 200 Wochen Beiträge zahlten und nicht mehr aktive oder freiwillige Mitglieder ähnlicher Kassen werden können;

4. Ausschluss der Anrechnungsfähigkeit von Unfall- oder Invalidenrenten oder Militärpensionen, sofern die Gesamtbezüge nicht den Durchschnittslohn übersteigen, den das betreffende Mitglied in den letzten zehn Jahren verdient hat.

12. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf, betreffend Regelung des Wohnungswesens, vorzulegen, insbesondere Normativ-Bestimmungen be-

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Sie kommt mit so — gar nicht wie 'ne glückliche junge Frau kommt sie mir vor“, äußerte er ernst. „Sie hat auch was im Gesicht, weißt Du, so was Gedrücktes, als wenn sie 'n geheimen Kummer hätte, gar nicht, wie sich's für 'ne junge Frau, die ja doch noch in den Flitterwochen leben sollte, schickt.“

Frau Schöler lächelte überlegen. „Du siehst Gelpenster, Otto. Es ist selbstverständlich, daß sie von der Reise ein wenig abgespant ist.“

Herr Schölers Gesicht, das einen ernsten, bekümmerten Ausdruck gehabt hatte, erhellte sich.

„Meinst Du?“ fragte er eifrig.

„Selbstverständlich. Wie sollte sie denn zu Kummer kommen? Hat sie nicht alles, um glücklich zu sein? Ist ihr Mann nicht ein stattlicher, prächtiger Mensch in angesehener Stellung. Kavallerie durch und durch und voll Aufmerksamkeit und Liebenswürdigkeit gegen seine Frau?“

„Freilich — freilich! — Eigentlich kann sie doch gar nicht anders als glücklich sein.“

Das junge Ehepaar kam kaum zur Besinnung. Es galt, eine Anzahl von Besuchen zu erledigen. Helene hatte sich bisher noch gar nicht um häusliche Angelegenheiten kümmern können. Eines Vormittags traf sie ihre Schwägerin im Wohnzimmer.

„Ich wollte Dich noch um Entschuldigung bitten, liebe Thea“, redete sie ihres Mannes Schwester an.

Die alte Jungfer hob ihr gelblich-blasses Gesicht mit den festgeschlossenen schmalen Lippen und den harten Zügen.

„Warum?“ fragte sie lakonisch. „Nun — ich habe Dir alle Lasten des Haushaltes überlassen, und Du hast Dich quälen und plagen müssen, während Du doch als unser lieber Gast beanspruchen kannst —“

Thea Richard legte ihr Messer, mit dem sie sich eben ein Brötchen strich, mit einer energischen Bewegung auf die Messertafel.

„Als Gast?“ unterbrach sie, und ihre dunkeln Augen ockten die überraschte kühl und überlegen an. „Du irrst. Ich bin nicht Dein Gast. Seit sechs Jahren habe ich mit meinem Bruder zusammengewohnt, und ich werde auch künftig mit ihm zusammenbleiben. Hat er Dir denn das nicht gesagt?“

„Nein!“ „Nun, jetzt weißt Du es. Hoffentlich ist's Dir nicht unangenehm.“

„Wie kannst Du das denken?“ stammelte die tief Erschrockene, während ihr bei der Unwahrheit, die sie zu sagen gezwungen war, das Blut verräuchernd in die Wangen schloß. Nichts hätte ihr unangenehmer sein können, als die Aussicht, Thea Richard dauernd zur Hausgenossin zu haben. Die Schwester ihres Mannes war ihr von jeher unsympathisch gewesen. Dieses Gefühl hatte sich während der kurzen Zeit ihres Zusammenlebens noch gesteigert; ihre Gegenwart bedrückte sie und wirkte wie lähmend auf ihr Empfinden; es war ihr, als könnte man in der Nähe der alten Jungfer nicht lachen und fröhlich sein.

Thea Richard aß ihr Butterbrot mit Behagen und schlürfte dazu ihre Tasse Bouillon. Auch Helene beschäftigte sich mit ihrem Frühstück, und so verstrichen ein paar Minuten in beiderseitigem Stillschweigen. Die unbehagliche Stimmung wurde durch den Eintritt der Köchin unterbrochen.

„Gnädiges Fräulein“, wandte sie sich sogleich an Thea. „der Geflügelhändler hat die beiden Hühner nicht geschickt. Nun haben wir keinen Braten zum Mittag.“

Thea Richard winkte.

„Ich komme gleich hinaus in die Küche.“

Als sie sich erhob, um der Köchin zu folgen, wollte Helene sie zurückhalten.

„Bemühe Dich nicht, liebe Thea. Ich gehe schon.“

Thea Richard sah die sich Erhebende unwillig, mit gerunzelten Brauen an.

„Ist nicht nötig. Ich werde selbst die nötigen Aufträge geben.“

„Aber —“ entgegnete die junge Frau, noch völlig ahnungslos in betreff der wahren Sachlage, „ich kann doch nicht zugeben, daß Du immerwährend mit den Sorgen des Haushaltes behelligt wirst.“

In dem knochigen, magern Gesicht der alten Jungfer zuckte es spöttisch.

„Du brauchst Dir deshalb keine Sorgen zu machen“, entgegnete sie kalt. „Ich bin gewöhnt, für meinen Bruder die Wirtschaft zu führen.“

Helene riß ihre Augen weit auf und sah ihre Schwägerin befremdet an.

„Du meinst doch nicht etwa —?“

„Daß ich auch künftig den Haushalt leiten werden — selbstverständlich. Das habe ich mit Runo bereits verab-

redet.“

Die junge Frau fand eine ganze Weile wie erstarrt, nachdem sich die Tür hinter der gleichmütig Davongehenden geschlossen hatte. Dann schlug ihr die Glut der Beschämung und der Empörung ins Gesicht, und der Gedanke durchzuckte sie, der Verhassten nachzustürzen, sie aus der Küche zu drängen, und ihr zu sagen: „Das ist mein Haushalt, und ich bin die Herrin!“ Aber sie wagte nicht, diesem Antriebe zu folgen, sondern eine unwillkürliche Furcht wandelte sie an, während sie sich die harte, unerbittliche Miene und das kühle, überlegene Wesen ihrer Schwägerin vergegenwärtigte.

Als Runo nach Hause kam, nahm sie die erste Gelegenheit wahr, ihn zur Rede zu stellen. Er nahm die Sache im Gegenzug zu ihr sehr leicht.

„Sei doch froh“, sagte er, „daß Dir Thea alles abnimmt. Es ist doch kein Vergnügen, den Küchen-dunst zu schlucken und sich mit den Leuten herumzu-ärtern.“

„Aber das ist doch meine Pflicht“, widersprach sie aus innerster Überzeugung, in heiligem Eifer, „es ist doch unser Haus und ich bin doch Deine Frau.“

Er machte eine Bewegung der Ungebild.

„Im Grund ist's ja egal, wer von Euch das Küchen-zepfer schwingt, Du oder Thea, aber sie ist die Ältere und die Erfahrenere, also laß ihr das Vergnügen. Im übrigen verschone mich bitte, mit diesen gleichgültigen Dingen!“

Ihr schossen die Tränen ins Gesicht.

„Aber womit soll ich mich denn beschäftigen?“ fragte sie weinerlich.

„Mit allem, womit Du Dir früher die Zeit vertrieben hast, mit Musizieren, Lesen, Spazierengehen —“

Nachdem ihr Versuch, das ihr gebührende Recht in Anspruch zu nehmen, so schmählich gescheitert war, verlor sie allen Mut, noch weiter den Kampf um ihre Selbständigkeit im Hause aufzunehmen, obgleich oft Ärger und Empörung in ihr aufstiegen, wenn sie mit ansehen mußte, wie die Schwägerin Anordnungen traf und wie sie Einrichtungen ins Werk setzte, die denen, die sie zu Hause als praktisch gesehen und gelernt hatte, zuwiderliefen. Hier und da konnte sie freilich eine gelegentliche Bemerkung und Anwendung nicht unterlassen. Daß die beiden Dienstmädchen an Stelle des Abendbrots einen bestimmten kleinen Gebet betrag erhielten, dünkte ihr doch höchst unzweckmäßig. Als sie aber ihre Schwägerin darauf hinwies, daß die Mädchen das Geld doch nur beiseite legen würden, anstatt sich Butter und Belag dafür zu kaufen, und sich an den überbleibseln von der Herrschaftstafel schadlos halten würden, —

(Fortsetzung folgt.)

züglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinspektion, sowie Schaffung eines Reichs-Wohnungsamts.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 16. Februar 1912.

7. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsisch: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück, Wermuth und v. Tirpitz.

Erste Lesung des Etats.

Dritter Tag.

v. Payer (Vp.): Die Thronrede zeigt eine anerkennenswerte Ruhe und Gelassenheit. Mit dem Programm des Schatzsekretärs: keine Ausgaben ohne Deckung in bar, sind wir durchaus einverstanden. Die Wahlen haben bewiesen, daß die übergroße Mehrheit des Volkes die Politik der Regierung und der früheren Mehrheit aus schärfster Verurteilung. Auch uns ist die Zunahme der sozialdemokratischen Mandate unangenehm, aber sehr erfreulich ist, daß die Sozialdemokratie dadurch gezwungen wird, eine veränderte Stellung hier im Hause einzunehmen. Aus der Rede des Abg. Franklang bereits das Gefühl der Verantwortlichkeit auch seiner Partei für das, was hier geschieht. Der Speisetzettel, den er vorbringt, enthält bis auf wenige Ausnahmen nicht eigentliche sozialdemokratische, sondern allgemein demokratische Forderungen. Wie erklären sich die Erfolge der Sozialdemokratie? Aus der Agitation allein sicher nicht, denn dann müßten die Bündler die stärksten Erfolge gehabt haben. Durchschlagend für die Stimmen der Massen sind die mit jedem Jahr steigenden Preise alles dessen, was der Mensch zum Lebensunterhalt braucht. (Sehr richtig! links.) Und jeder weiß, daß diese Preissteigerung zurückzuführen ist auf die agrarische Gesetzgebung. Dazu kam die Empörung darüber, daß die einzige gerechte Steuer, die Nachlasssteuer, von den Konservativen und dem Zentrum verworfen wurde. Selbst die Freikonserwativen nennen ja jetzt im Abgeordnetenhaus die Ablehnung der Nachlasssteuer und die Verewigung der Liebesgaben unheilvoll. Das Schulkonto des Reichs wird auch wesentlich belastet durch die Reaktion in den Einzelstaaten; ich erinnere nur an die mecklenburgische und braunschweigische Verfassung. Wir halten die Nachlasssteuer für eine gerechte Steuer und sind bereit, sie zu bewilligen, um mit ihrem Ertrage eine Reihe ungerechter Steuern abzuschaffen. (Sehr richtig! links.) Soll das Vertrauen zur Regierung wiederkehren, so muß unsere Wirtschaftspolitik auf eine andere Basis gestellt werden, so daß sie auch die Interessen des Handels und der Konsumenten wahrt. Möge der Reichskanzler zu der Politik zurückkehren, die er beim Reichsvereinsgesetz und bei der eisenbahnräumlichen Frage betrieben hat. Das wird zur Beruhigung beitragen. Tut er das nicht, dann kann die Regierung mit Eingelungen den Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente predigen, bei der nächsten Gelegenheit kommt dann doch eine weitere Million sozialdemokratischer Stimmzettel hinzu. (Sehr richtig! links.) Wegen unserer Stichwahlparole hat man uns die Schrittmacher der Sozialdemokratie genannt. (Sehr richtig! links.) Sehr unrichtig! Dadurch, daß wir eine gerechte Politik treiben, sind wir vielmehr das letzte Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. (Schallende Heiterkeit rechts und im Zentr.) Die Parteien, die den Postarat gemacht haben, haben die Sozialdemokratie künstlich erzeugt und gesücht. (Sehr richtig! links.) Unsere Stichwahlparole war lediglich die ehrliche Konsequenz aus unserem gegen den schwarzblauen Block gerichteten Wahlkampf. Welche Partei hier im Hause kam von sich behaupten, daß sie nie die Sozialdemokraten in den Sattel gehoben hätte? (Heiterkeit links.) Auch die „Norddeutsche“ hat uns im Ton eines Wahlschlages des Verrats an der Sache des Bürgertums bezichtigt. Der Reichskanzler sollte doch den Redakteur in die nötigen Schranken zurückweisen. (Zustimmung b. d. Vp.) Deutschland krank an dem Zwiepsalt, daß in dem Lande des allgemeinen Stimmrechts und der allgemeinen Wehrpflicht Regierung und Rechte an einer Politik festhalten wollen, die von der Mehrheit der Wähler gemißbilligt wird. Man muß mit dem allgemeinen Stimmrecht regieren. (Lebhafte Zustimmung links.) Einige Worte zur auswärtigen Politik. Unsere wichtigen Posten im Ausland sollten endlich ohne Ansehen der Person, nur nach dem Grundsatz, den Tüchtigsten auszuwählen, besetzt werden. Aberhaupt muß in unsere ganze Diplomatie mehr Licht und Luft hinein. (Sehr richtig! links.) Was der Reichskanzler uns gestern über unser Verhältnis zu England mitteilte, war wie ein Sonnenstrahl nach langen trüben Tagen. (Bravo! links.) In der inneren Politik ist unsere Forderung die Neueinstellung der Wahlkreise und die Einführung der Verhältniswahl. Die Vereinfachung der Stichwahlen kann nur zur Befundung des politischen Lebens beitragen. Für die Fortführung der sozialen Gesetzgebung werden wir mit aller Kraft eintreten. Vor allem wollen wir in der Reichsversicherung die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt haben. Was wird nun aus diesem Reichstag werden? Besonders empfohlen hat er sich durch seine Tätigkeit in den ersten 8 Tagen nach außen ja nicht. (Heiterkeit.) Offenheit ist das nur eine Kinderkrankheit. Die äußerste Linke hat sich zur pflichtgetreuen Arbeit bereit erklärt. Andere Parteien haben sie zurückgewiesen, weil sie sich nicht zur Erfüllung aller höchsten Verpflichtungen einschreiben lassen wollten. Das sind doch aber keine sachlichen Gründe. Bis jetzt ist ja nun alles glatt gegangen und ich habe keine Beforgnis für das Schicksal dieses Reichstags. Viele haben geglaubt, dem neuen Reichstag gleich den Totenschein mit in die Wiege legen zu dürfen. (Heiterkeit.) aber die Dinge werden ganz normal verlaufen. Nötig ist nur der ehrliche allseitige Wille zur Mitarbeit. Das Zentrum hat sich ja gestern zur ruhigen und sachlichen Mitarbeit bereit erklärt. Wir erklären uns darüber hinaus auch bereit zur vorurteilslosen Mitarbeit. Wir haben im Gegenjah zum Zentrum in den letzten Tagen gezeigt, daß es uns mit diesem Wollen auch ernst ist und so wird es bleiben. (Lebhafte Beifall links.)

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: Ich will die Stellung der Verbündeten Regierungen zu den Wahlen und ihrem Ergebnis darlegen. Die gegen die Regierung gerichteten Vorwürfe halte ich für ungerecht. Vor allem den Vorwurf, die Regierung hätte nichts zur Aufklärung über die Finanzreform getan. Darüber haben sich Legenden gebildet. Wir haben stets anerkannt, daß das Zusammenkommen der Finanzreform eine notwendige Voraussetzung der Gesundung unserer Finanzen war. Aber eines habe ich nicht getan: Ich habe die Ablehnung der Erbschaftsteuer nicht verteidigt. (Lebhafte Bravo! links.) Schäfer gesagt: Ich habe die Art und Weise nicht verteidigt, wie ich die Konventionen und das Zentrum damals gegen die Erbschaftsteuer festgelegt haben. (Wiederholter Beifall links.) Wie hätte ich das machen sollen, nachdem die Verbündeten Regierungen gerade diese Steuer mit besonderem Nachdruck gefordert hatten, und angesichts der Möglichkeit, daß das Reich auf diese Steuern zurückkommen muß. (Zustimmung links.) Der Speisetzettel hat das getrieben als eine Versicherung der

Parteien bezeichnet, die den damaligen Entwurf abgelehnt haben. Das ist ein sehr starkes Wort, hinter dem sich Machtansprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann. (Hört, hört! links.) Die Bemerkung des Abgeordneten Speck hat mir aber auch gezeigt, wie die Erbschaftsteuer weit über ihre wirkliche Bedeutung hinaus zu einer hochpolitischen Frage erhoben worden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Und was ist das Ergebnis gewesen? Auf der Linken sitzen die lachenden Erben. (Große Heiterkeit.) Daß das so kommen mußte, war mit Händen zu greifen. Deshalb habe ich immer wieder die bürgerlichen Parteien gemahnt, sich nicht bis auf die Knochen zu zerfleischen. Dieser Sammelruf ist verspottet und als veraltet bezeichnet worden. Die Zeit wird aber kommen, wo der Sammelruf auch aus der Mitte des Volkes erklingen wird. (Lachen bei den Soz.) Deshalb habe ich während der Wahlen bis zum letzten Augenblicke die gemeinsamen Interessen des Bürgertums gegenüber der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen versucht. Erfolg habe ich damit nicht gehabt. (Stürmische Heiterkeit bei den Soz.) Aber ich habe meine Pflicht getan gegenüber der Monarchie und gegenüber dem Lande. Ich mußte darauf hinweisen, welche Verwirrung im Volke entstehen muß, wenn die Scheidelinien zwischen den Grundanschauungen über Staat und Gesellschaft zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien selbst ins Nebelhafte verwischt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten. Als es 1907 gelang, die sozialdemokratische Fraktion auf die Hälfte ihrer Sitze zu reduzieren, ging ein Jubel durch das konservative und liberale Bürgertum. Heute hat der Feind von damals 110 Mandate errungen, und der Liberalismus jubelt wieder. (Große Heiterkeit.) Ich begreife ja, daß die Liberalen eine Genugtuung darüber empfinden, daß die Konservativen und das Zentrum geschwächt wurden. Aber der Schaden, der dem politischen Gegner zugefügt wurde, ist lange nicht so groß, zumal ein Tertius gaudens vorhanden ist, wie die Sozialdemokratie. Wie erklärt sich diesmal die Freude der Liberalen? Was hat sich seit 1907 geändert? (Etwas die Sozialdemokratie? Sie hat kein Typföhen von ihrem Dogma abgelassen. (Sehr richtig! rechts.) Wie sich der Revisionismus entwickelt wird, müssen wir zunächst abwarten. Auch die Revisionisten arbeiten daran, den monarchischen Sinn des Volkes zu untergraben, diskreditieren das Gefühl des Staates und predigen den Klassenkampf. (Zustimmung rechts, Lachen links.) Was durch diese Revolutionierung der Köpfe angedreht wird, das wissen Sie aus dem Wahlkampf besser als ich. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit b. d. Soz.) Ich kann den Entschluß der Fortschrittspartei, Großblockpolitik zu treiben, und die letzten Vorgänge in der national-liberalen Partei nicht auf Handlungen der Sozialdemokratie zurückführen. Vielmehr hat sich der Liberalismus gewandelt, er ist weiter nach links gegangen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist richtig, daß es gestern und heute im Hause ruhig zugegangen ist, und ich hoffe, daß das so bleiben wird. Aber ich glaube, es gibt keinen erfahrenen Parlamentarier, der schon einer derartigen unsicheren politischen Lage gegenüber gestanden hat, wie die, unter deren Auspizien der Reichstag jetzt zusammengetreten ist. Zahlreiche Abgeordnete aus der einst von Dennig geführten liberalen Partei haben sich bereit gezeigt, Herrn Bebel, dem Urheber des Wortes von der Todfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft das höchste Amt im Deutschen Reichstag zu übertragen. (Bravo! b. d. Soz., Lachen rechts.) Und zum Vizepräsidenten ist ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt worden, der Worte gegen unser Kaiserhaus gebraucht hat, die... (die folgenden Worte des Reichskanzlers gehen unter den stürmischen Unterbrechungen der Linken verloren.) Soll ich die Politik neu orientieren wegen der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten oder wegen der 4 1/2 Millionen Stimmen? In diesem Stimmzettelhaufen steckt sehr viel Glaube an die Ungefährlichkeit der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie war ja auch während der letzten Wahlen sehr vorsichtig, ihre antinationalen Tendenzen nicht in den Vordergrund zu stellen. (Heftiger Widerspruch b. d. Soz.) Nun gut, dann will ich „internationale“ Tendenzen sagen. Der Glaube, daß die 4 1/2 Millionen Wähler Todfeinde unseres Staates und unserer Gesellschaft seien, wäre ein ungerichtetigter Zweifel an der Kraft unseres Volkes. (Beifall im Zentrum.) Sie (zu den Soz.) und Ihre nächsten Nachbarn halten die unsichere, politische, allgemeine Lage für den richtigen Zeitpunkt, um unser demokratisches Wahlrecht noch weiter zu demokratisieren und unsere Reichsverfassung von Grund auf zu ändern. Dazu werde ich die Hand nicht bieten. (Lebhafte Beifall rechts.) Unser Wahlrecht leidet an vielen Mängeln. Die Kreiswahlkreise mögen ein solcher Mangel sein. Aber auch die Moral oder vielmehr die Unmoral der Stichwahl ist ein Mangel. (Sehr richtig.) Wir haben es oft erlebt, daß eine bürgerliche Partei bei Stichwahlen in vielen Wahlkreisen mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machte, und daß dieselbe Partei in anderen Kreisen es als einen Verrat am Vaterlande brandmarkte, für den Sozialdemokraten zu stimmen. (Lebhafte Sehr richtig! rechts.) Ein Mangel unseres Wahlrechts ist auch die fehlende Vertretung der Minoritäten. Wenn Sie (nach links) alle diese Schäden heilen wollen, dann läßt sich ja über die Sache reden. Aber jeder, der an diesem Wahlrecht andere Mängel als die der zahlenmäßigen Ungleichheit entdeckt, wird als Staatsverbrecher verurteilt und nur wer dem Bösen der reinen Zahl huldigt, ist ein Beifallsfreund (Hört! links.) Die Linke will dann weiter die verfassungsmäßig bestehende politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers unter einer rechtlich wirksamen Aufsicht des Reichstags stellen. Bisher habe ich das Fehlen dieser Befugnis des Reichstags nicht als einen schweren politischen Mangel empfunden. (Sehr richtig! rechts.) Der Antrag ist eine Geburt der Doktrin, die Bewilligung von Parlamenten auf Vorrat. Nur ein allein vom Kaiser abhängiger Kanzler ist das notwendige Gegengewicht gegen das freieste aller Wahlrechte. (Sehr richtig! rechts.) Der Wahlsieg der Sozialdemokraten und die Unklarheit der Orientierung der bürgerlichen Parteien unter einander ist kein Grund für, sondern nur ein Grund mehr, gegen alle Versuche Front zu machen, die Kompetenzen zwischen Kaiser und Reich, zwischen Bundesrat und Parlament zu verschieben. (Beifall rechts, Zuruf b. d. Soz.: Also nun gerade nicht.) In allen Schichten unseres Volkes steht die Sehnsucht, unsere Blicke abzuwenden von den widerwärtigen Zentereien der letzten Jahre, sie wieder nach vorwärts zu richten. (Stürmische Rufe bei den Soz.: Vorwärts, vorwärts!) Diese Aufgaben liegen aber nicht in der Richtung einer weiteren Demokratisierung. (Beifall rechts, Lachen links.) Deutschlands Lage in der Welt ist nicht unangenehm genug, als daß wir auf eine straffe Organisation verzichten könnten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir brauchen eine Festigkeit und Stetigkeit in unserer Politik ohne Extravaganzen nach rechts und nach links. (Unruhe rechts und links.) Es ist hingewiesen worden auf die Notwendigkeit, die selbständigen wirtschaftlichen Erzeugnisse des Mittelstandes zu erhalten und zu vermehren. (Beifall rechts, im Zentrum u. b. d. Soz.) Man hat hingewiesen auf die Wohnungsfrage, auf die innere Kolonisation, auf die Sicherung des Konsumrechts usw., alles Fragen von gewaltiger Wichtigkeit für die Zukunft unseres Volkes. Ein arbeitsfroher

Reichstag braucht deshalb nicht bange zu sein um Beschäftigungslosigkeit. Aber wir werden diese großen Aufgaben nur lösen können, wenn das Bürgertum des alten Sabers vergiftet und bereit ist, an die Erreichung großer Aufgaben auch große Mittel zu wenden. Das Deutsche Reich kann weder reaktionär noch radikal regiert werden. (Unruhe rechts und links.) Es wäre unheilvoll, wenn wir unsere Politik nach den Polen, Sozialdemokraten oder Reaktionsären orientieren wollten. Unser wirtschaftliches und geistiges Leben erfordert die Anspannung aller Kräfte. Ein Staat, der seine Tüchtigkeit durch Uneinigkeit lähmt, den wird die Weltgeschichte erbarmungslos zu Boden treten. (Lebhafte Beifall l. Ztr., schwacher Beifall rechts.)

Fürst Radziwill (Polen): Unser Programm beschränkt sich auf die Verteidigung der vitalen Interessen der polnischen Bevölkerung, die weder von den anderen Parteien noch von der Regierung verstanden und gemildert und im föhrenden Staat Preußen aufs tiefste verletzt werden. (Bravo! b. d. Polen.)

Dr. Arndt (Rp.): Die bedeutungsvolle Rede des Reichskanzlers hat erfreulicherweise gezeigt, daß die Regierung gewillt ist, der Demokratisierung Deutschlands mit aller Kraft entgegenzutreten. Dabei werden wir sie unterstützen. (Bravo! rechts.) Über die Ablehnung der Erbschaftsteuer ist beim Wahlkampf außerordentlich viel gelogen worden; meine Partei hat die Ablehnung der Erbschaftsteuer nicht abgelehnt, denn wir haben die jetzt eingetretene Folge, die Erhöhung der Zahl der Sozialdemokraten voraus. (Lachen links.) Der Liberalismus führte den Wahlkampf gegen den schwarzblauen Block, und das Resultat dieses Kampfes ist eine Stärkung des Zentrums, ohne welches eine positive Arbeit in dem neuen Reichstag nicht mehr denkbar ist, während im alten Reichstag auch eine Mehrheit aus Konservativen und Liberalen gebildet werden konnte. (Sehr wahr! rechts.) An unserer Wirtschaftspolitik werden wir unbedingt festhalten, ihr verbunden wir den großen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands. (Bravo! rechts.)

Mummt (Wp.): Die Stunde fordert von uns den Kampf gegen die soziale Revolution und für die soziale Reform nicht durch Ausnahmegefesse, sondern mit Geist und Kraft. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung beweist durch ihren Aufstieg, daß die Sozialdemokratie nur eine vorübergehende Erscheinung ist. (Schallende Heiterkeit links.) Ihr Vertreter Scheidemann sagte, vom preussischen Wappenstein seien nur heil geblieben die Krallen und der große preussische Schnabel. (Gr. Heiterkeit.) Vom Kaiser sprach er als von Willt und gab ihm den Gelächter des Hauses preis. (Erneute große Heiterkeit.) In einer solchen Partei kann auch die beste Dreihelbenpolitik nicht hinüberführen. Die Revisionisten haben nur eine andere Taktik, nicht ein anderes Ziel; ein ehrlicher Radikaler ist mir lieber, als ein Revisionist, der eine Veramtlung mit einem Chor eröfnet. (Schallende Heiterkeit), wie der frühere Abg. Seering, von dessen Wahlfreis trotzdem die rote Fahne niedergeholt ist. — Wir treten für den Ausbau der Sozialpolitik ein, zu der auch eine wirksame Mittelstandspolitik gehört. (Bravo! rechts.) Zur Erhellung des Volkes trägt eine gewisse Presse viel bei; das „Berliner Tageblatt“ sollte auf den Bahnhöfen verboten werden. (Große Heiterkeit links.) Als Inschrift für dieses Haus empfehle ich den Spruch: Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben. (Bravo! rechts.)

Jhr. v. Schiele (Welfe) protestiert gegen die Beschimpfungen und Verleumdungen der Welfen seitens des Reichskriegervereins; Hannover müsse selbständiger Bundesstaat werden, allerdings auf verfassungs- und gesetzmäßigem Wege.

Graf Posadowsky (Wld): Ich wünsche, daß alle Wahlaufsätze des letzten Wahlkampfes vernichtet würden. Wolte man nach ihnen die Zustände in Deutschland beurteilen, so würde sich ein wüßiges Zerrbild ergeben. Wir brauchen unabhängige Männer, die den Mut haben, der Menge die Wahrheit zu sagen. (Bravo! rechts.) Diese Umschmelzung des Volkes, dies Füttern mit unerschütterbaren Versprechungen, ist eine Gefahr für unser Volk. (Bravo! rechts.) Redner erklärt sein Verständnis mit der Finanzpolitik des Schatzsekretärs. Nun werden neue Steuern verlangt zur Deckung einer neuen Militärvorlage. Ihr gegenüber gibt es nur zwei Standpunkte; entweder hat man Vertrauen zur Militärverwaltung, dann muß man bewilligen, was sie verlangt, oder man hat kein Vertrauen, dann muß man die ganze Vorlage ablehnen. Mit neuen Steuern wird man sehr vorsichtig sein müssen. Deutschland ist schon recht hoch mit Steuern belastet. Werden sie zur Deckung der Militärvorlage verlangt, so meine ich, die Armee ist eine Art Versicherung und dafür sollen die die höchste Prämie zahlen, die am meisten zu versichern haben, das sind die Besizhenden. (Sehr gut! links.) Der englische Minister Churchill sagte vor kurzem: wenn es sich um die Landesverteidigung handelt, so werden alle Klassen der englischen Gesellschaft bereit sein, die Mittel aufzubringen — selbst die reichsten! (Stürmische Heiterkeit.) Ich glaube, das deutsche Volk wird hinter dem englischen Patriotismus nicht zurückbleiben. (Zurufe bei den Soz.: Selbst die reichsten! — Heiterkeit.) Dann etwas anderes: auf unsere diplomatischen Posten dürfen nur Männer kommen, die unzweifelhaft der Höhe ihrer Aufgabe entsprechen. (Lebh. Zustimmung links; Zuruf: Namen nennen! Heiterkeit.) Nomina sunt odiosa. (Namen nennen ist verhasst.) (Heiterkeit.) Allen politischen Fragen liegen wirtschaftliche Fragen zugrunde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daher ist es die Hauptaufgabe, daß die Diplomaten gründliche Kenner volkswirtschaftlicher Verhältnisse sind. Die Repräsentation ist gegenüber den großen Fragen unserer Zeit vollkommen Nebenache. Nun zur Sozialdemokratie. Zu behaupten, sie wäre ein Werk ihrer Führer, würde eine Überschätzung der Persönlichkeiten dieser Führer bedeuten. Die Sozialdemokratie ist deshalb in Deutschland so angewachsen, weil man zu lange Zeit hat vergeblich lassen, ehe man sich um das Los der ärmeren Volksklassen wirklich gründlich kümmerte. (Sehr richtig! links.) Natürlich ist es Aufgabe des Staates, Ruhe und Ordnung und die Rechtssphäre jedes einzelnen Arbeiters zu schützen. Aber eine Partei, die 4 1/2 Millionen Wähler zählt, kann man mit Gewalt allein nicht überwinden. Das ist eine Richtung, durch die wir jetzt hindurch müssen; Gedanken sperrt man nicht ein und Gedanken sperrt man nicht aus. Die Gewaltpolitiker sind in einem großen Irrtum: eine solche Bewegung heißt man nicht mit Solinger Klängen, sondern nur mit solonischer Weisheit. (Heiterkeit.) Der Revisionismus ist für den monarchischen Staat gewiß ebenso gefährlich wie der Radikalismus. Der Revisionismus hat auch keine Bedeutung in der Entwicklung. Die Sozialdemokratie muß durch den Revisionismus hindurch, um sich wieder in der bürgerlichen Gesellschaft zurechtzufinden. (Lachen bei den Soz.) Man muß die Massen über die Unerschließbarkeit des Programms der Sozialdemokratie aufklären, loshämmern auf die Sozialdemokratie hat keinen Zweck, dadurch macht man aus Eisen nur Stahl. Wenn die Liberalen jetzt aus taktischen Rücksichten mit den Sozialdemokraten Fühlung nehmen, so setzen sie sich dabei auf das falsche Pferd, denn die radikalere Partei überwindet stets die weniger radikale. Die Einführung der Ministerverant-

wörtlichkeit würde die Minister zu ausführenden Agenten der jeweiligen Mehrheit machen. Die Macht des Parlaments beruht nicht auf geschriebenen Buchstaben, sondern auf der politischen Weisheit seiner Führer und der Selbstbeschränkung seiner Forderungen. (Lachen links.) Nach den Sozialdemokraten ist Bismarck zum Heros aufgepufft worden. Ich wünsche, es entständen uns Männer, die zum Heros aufgepufft werden könnten. Vielfach ist das allgemeine Wahlrecht angegriffen worden. Das ist politisch gefährlich, weil hinter diesen Angriffen keine Tat steht und stehen kann. Auch die Wahlkreiseinteilung greift man an. Aber bei der Vertretung politischer Interessen kommt es nicht allein auf die Zahl an, sondern auch auf die Fläche. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Erfreulich ist die Annäherung besserer Beziehungen zu England, von der der Reichskanzler sprach. Wenn England unserer sich ausdehnenden Bevölkerung freien Raum gibt, dann kann vielleicht der Moment kommen, wo wir unsere Rüstungen einstellen und die darauf verwendeten großen Summen für Kulturzwecke ausgeben. (Beifall.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Sonntag abend mittag.
Schluß 6 1/4 Uhr.

Aus der Partei.

Die Reichstagsfraktion über die Präsidentenwahl. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlicht eine 1 1/2 Spalten lange Erklärung über den Verlauf der Präsidentenwahl im Reichstage. Sie hat den Zweck, die irreführende Erklärung der Nationalliberalen vom 12. Februar zu widerlegen. In der Fraktionserklärung heißt es, daß, nachdem die Fraktion beschlossen hatte, nur Anspruch auf den 1. Vizepräsidenten zu erheben, zunächst mit den Nationalliberalen verhandelt wurde. Diese legten Bedenken, ob ein Präsidium der Linken überhaupt Bestand haben würde, da vom Zentrum in diesem Falle Obstruktion zu erwarten sei. Der Anspruch der Sozialdemokraten auf den ersten Vizepräsidenten wurde für berechtigt erklärt, da wir die staatsrechtlichen Verpflichtungen, die mit der Wahrnehmung dieses Amtes verbunden sind, zu erfüllen versprochen hatten. Es wurden dann Verhandlungen des Vorstandes mit dem Freiherrn v. Hertling angeknüpft, der aber erklärte, er stehe zurzeit in Unterhandlungen mit den Konservativen; über das etwaige Verhalten seiner Partei könne er keine Auskunft geben. Die Frage, ob das Zentrum Obstruktion treiben würde, falls ein ihm nicht genehmes Präsidium zustande käme, wurde verneint. Die Nationalliberalen erklärten, es bleibe kein anderer Ausweg, als daß jede Partei selbständig vorgehe. Darauf wurde von den Sozialdemokraten beschlossen, an der Kandidatur Nebels festzuhalten und für ihn zu stimmen. Infolge der Vertagung der Präsidentenwahl wurde nochmals einen ganzen Tag lang verhandelt. Das Zentrum erklärte, es könne weder für einen nationalliberalen Präsidenten noch für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten eintreten. Somit erfolgte aber keine bestimmte Mitteilung über die Stellung des Zentrums zur Befehung des Präsidentenpostens. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen teilten die Nationalliberalen mit, daß ihre Fraktion den Prinzen Carolath aufstelle; für die Zubilligung des 1. Vizepräsidenten an die Sozialdemokraten sei in ihrer Fraktion keine Mehrheit vorhanden; dagegen sei man mit großer Mehrheit dafür, ihnen den zweiten Vizepräsidentenposten einzuräumen; doch könne man keine Garantie für alle einzelnen Mitglieder der Fraktion übernehmen. Daraufhin beschloß die sozialdemokratische Fraktion, bei der Präsentation Nebels zu beharren, worauf dann die Wahl des Präsidiums mit dem bekannten Ergebnis vor sich ging. Die Erklärung schließt mit der Feststellung, daß, wenn die nationalliberale Partei nicht eine solch schwankende Haltung eingenommen hätte, ein Präsidium zustande gekommen wäre mit einem Nationalliberalen als Präsidenten, einem Sozialdemokraten als ersten und einem Fortschrittler als zweiten Vizepräsidenten. — Wir werden am Montag die Erklärung im Wortlaut veröffentlichen.

In die Freiheit zurückgeführt ist am Donnerstag der Redakteur Genosse Wesemeier vom Braunschweiger „Volksfreund“. Wesemeier hatte sich im Wahlrechtskampfe seine Strafe zugezogen. Wegen Minister-, Landtags- und Volkszeitungsbeleidigung hat er insgesamt 15 Monate im Gefängnis zubringen müssen.

Bewerkschaftsbewegung.

Die Schornsteinfeger rühren sich! Unter den Berufsgruppen, denen der Hof noch ganz besonders fest anhaftet, ist die der Schornsteinfeger vielleicht die hervorstechendste. Eine mittelalterlich anmutende Gesehgebung sorgt bekanntlich dafür, daß für einen bestimmten genau abgegrenzten Bezirk immer nur ein Schornsteinfegermeister zugelassen wird; sie schafft also für die Glücklichen, denen die Gnade der Behörde zuteil, ein rein zünftlerisches Privilegium, das einen großen Teil der Gesellen vom Meisterum ausschließt. Obendrein herrscht in diesem Berufe das Kost- und Logisumwesen, durch das die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gesellen auf recht niedriger Stufe erhalten werden. So erhalten sie in Leipzig nach einem mit der Gesellenvereinigung (eine Art Zunftbrüderchaft) vereinbarten Tarif 7, 9 und 11 Mk. Wochenlohn bei Kost und Logis im Hause des Meisters. Natürlich kann kein in die Jahre kommender Geselle daran denken, sich bei solchen Löhnen einen eigenen Hausstand zu gründen, reichen sie doch nicht einmal für einen Ledigen zum einigermaßen anständigen und reellen Leben. Dagegen ist es den zumeist gornicht mitarbeitenden Meistern vergönnt, aus der Tätigkeit ihrer Gesellen Jahreseinnahmen von 10-20 000 (zwanzigtausend) Mark zu ziehen. Daß diese Zustände mit der Zeit auch die zünftlerischen Köpfe revolutionierten, ist begreiflich, und so hat denn jetzt die Vereinigung der Schornsteinfeger-Gesellen der Kreishauptmannschaft Leipzig eine Bewegung eingeleitet, die sich zum Ziel gesetzt, die Beseitigung des Kost- und Logisumwesens im Berufe und die Festsetzung leitender auskömmlicher Löhne; gefordert werden 32-35 Mk. für die Woche. Das sind Forderungen, die in Anbetracht der Einkommensverhältnisse der Meister wahrhaftig keine übertriebenen genannt werden können. Was aber tun die Meister? Sie bieten den Gesellen ganze zwei Mark auf den Bestehenden Tarif als Zuschlag; dafür fordern sie aber, daß die Gesellen alle etwaigen Nebenverdienste mit ihnen teilen. Das kennzeichnet so recht die Schornsteinfegermeister. Die niedrigen Löhne zwingen die Gesellen, sich Nebenverdienste zu schaffen, und wenn die schwerreichen Meister einige Mark Lohnzulage gütigst gewähren wollen, versuchen sie die paar Groschen auf andere Art und Weise wiederzuerlangen. Leider stehen nun in der Gesellenvereinigung viele Meisterlöhne, die natürlich alle die nicht unberechnete Jurecht haben, einfließen von der Behörde als Meister in Amt, Würden und entsprechendes Einkommen gesetzt zu werden, was sie zum Teil veranlassen wird, nicht so leicht für eine grundlegende Änderung in den Lohnverhältnissen der Gesellen einzutreten. Immerhin stehen aber auch ihnen die gegenwärtigen Zustände nicht mehr an, indes daß die Aussicht besteht, auch in diesem Berufe einige Verbesserungen durchzuführen. **Wetterst** jeder die Schornsteinfeger-Gesellen dann auch ein, daß auf dem Boden der zünftlerischen Vereinigung keine grundlegenden Veränderungen und Verbesserungen im Berufe zu erzielen sind, daß diese vielmehr nur erreicht werden können durch den Zusammenschluß aller Gesellen auf gewerkschaftlichem Boden.

Zur Lohnbewegung in der Porren-Maschinenerei. Der Schlichtungsveruch der Hauptvorstände über die in der Porren-Maschinenerei gekündigten Tarifverträge findet am 32. Februar in Frankfurt a. M. statt. Beteiligt sind daran folgende Orte: Berlin, Bochum, Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Halle, Hamburg, Heidelberg, Köln, Leignitz, Limburg, Lübeck, Magdeburg, Meiningen, Mühlheim a. Rh., München, Olsnitz, Offenbach, Quebinburg, Solingen, Trier, Ulm und Weimar. Die Tarifverträge laufen noch bis zum 1. März. Wenn bei dieser Zusammenkunft der Hauptvorstände keine Einigung erfolgt, ist jedenfalls ein Kampf auf der ganzen Linie zu erwarten, weil der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe diese Orte gemeinam erledigen will oder aber auch alle Differenzen strittig läßt. Der Arbeitgeberverband hat schon alle Maßnahmen für einen eventuellen größeren Kampf getroffen. Doch ist es trotzdem nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Einigung kommt.

Der § 193 des Str.-G.-B. und die Gewerkschafts-pressen. Wegen Beleidigung des Töpfermeisters Peter in Gleiwitz ist der verantwortliche Redakteur der Fachzeitschrift „Der Töpfer“ in der Berufungsinstanz vor dem Gleiwitzer Landgericht wiederum zu 50 Mk. Geldstrafe und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt worden. Im „Töpfer“ waren im vergangenen Jahre Berichte erschienen, worin auf die mangelhafte Lieferung von Material zum Ofenausbau durch Peter an die Ofenseher hingewiesen wurde, daß er Dachziegel in ungenügender und Schamotteplatten oft gar nicht zur Verfügung gestellt habe. In Tatschau mußte ein Ofen nach drei Jahren wieder umgebaut werden, wobei sich erwies, daß zu seinem Ausbau statt mindestens 120 nur 6 halbe Dachziegel Verwendung gefunden hatten. Die Lohnzahlung fand bei Peter nicht regelmäßig nach Arbeitsluß statt, vielmehr mußten die Leute öfter Sonnabends bis 9 und 10 Uhr abends auf ihr Geld warten, und dann erschien Peter noch hin und wieder in angetrunkenem Zustande. Sogar am Weihnachtabend vor drei Jahren mußten die Leute bis ca. 10 Uhr abends auf ihren Arbeitslohn warten. Über alle diese im „Töpfer“ erhobenen Anschuldigungen wurde vom Verklagten ein umfangreicher Wahrheitsbeweis angetreten. Auch wies er nach, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Der schlechte Ofenausbau der Kachelöfen sei geeignet, diese beim Publikum in Mißkredit zu bringen und durch andere Heizsysteme zu verdrängen. Dadurch würden die Ofenseher und Ofenformer, deren Organ der „Töpfer“ ist, in ihrem Erwerb geschädigt. Außerdem beständen im Ofensehergewerbe in einer Reihe von Orten Deutschlands heiztechnische Kommissionen und Versuchsanstalten, die aus Meistern und Gesellen zusammengesetzt sind und vor allem auch die Puscherei im Gewerbe bekämpfen. Zur Unterstützung der genannten Zwecke gewähre auch der Töpferverband jährlich an die genannten Kommissionen 2000 Mk. aus Verbandsmitteln. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für im wesentlichen erbracht und billigte dem Verklagten auch den § 193 zu. Jedoch kam es wegen formaler Beleidigung zur Verurteilung. Weil der Verklagte in einer Betrachtung über das Gebaren des Peter diesen einen „merkwürdigen Förderer des Gewerbes“ genannt hatte und einige weitere noch unerheblichere Wendungen als den Kläger beleidigend erachtet wurden, wurde die vorn erwähnte Strafe ausgeworfen. Auf diese Weise wird es Redakteuren einfach unmöglich gemacht, irgendwelche vorhandene Mißstände straflos zu kritisieren. Die Kritik wirkt, obwohl wirklich scharfe Worte vermieden werden, auf den Kritisierten stets beleidigend und die Bestrafung wegen „formaler Beleidigung“ ist fertig! Was nicht da der lückenden Wahrheitsbeweis und die Zubilligung des § 193! Sie stellen nur einen moralischen Erfolg dar, verhindern aber nicht die Verurteilung des Kritikers und die Publikationsbeschränkung des seiner Schuld wohl überführten aber immerhin „formal“ beleidigten Klägers.

Soziales.

Bürgerliche Beaufsichtigung und Wohltätigkeit. Der Arbeitsauschuss für die Veranstaltung eines Margareten-Volksfestes am 18. Mai 1912 in Leipzig hatte am Montag abend die Damen der besseren Gesellschaft zu einer Versammlung nach dem Centraltheater eingeladen. Geplant und zugestimmt wurde, daß in diesem Jahre der Margaretenstag zu einem Margareten-Volksfeste zu gestalten sei. Neben dem Verlauf von Blumen auf allen Straßen sollen auf dem Augustusplatz und zum Teil auch auf anderen Plätzen große Tanzplätze, Wiedermeyer-Kaffeearten, Glücks- und andere Buden errichtet werden. Im Albertpark wird ein Zigeunerlager aufgeschlagen, und in den größeren Restaurants und Cafés werden künstlerische Veranstaltungen getroffen. Der Ertrag soll dem Leipziger Diakonissenhaus, der Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter und der geplanten Kinder-Waldholungsstätte zufließen. — Wirklich rührend, wie selbstlos sich hier neben der Frau Czjellen, Frau Scheinrat, auch die übrigen Töchter des letzten Bürgermeisters aufopfern, die soziale Not zu lindern. Die organisierte und klassenbewußte Arbeiterschaft hat aber kein Verständnis für derartigen theatralischen Unfug und Wetteitel. Wägen die Herrschaften immerzu im Dienste der Wohltätigkeit glänzen, sich abtanzen und Glücksbuden besuchen; uns soll's recht sein. Das Proletariat aber fordert Gesetze, die der Not und den sozialen Schäden vorbeugen. Nicht Wohltätigkeit, sondern Recht. Die Arbeiterschaft hat deshalb jede Beteiligung an solchen bürgerlichen Veranstaltungen konsequent zu meiden.

Aus dem Gerichtssaal.

Interne aus einer Bäckerei. Dem Bäckermeister Viktor Bartsch in Breslau legte eine Anklage vor dem dortigen Schöffengericht zur Last, verschimmelte Semeln und Kuchenreste in gemahlenem Zustande dem Wohnkuchen zugelegt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß Bartsch in der Tat seinen früheren Arbeitsburschen mehrmals beauftragt hatte, diese ekelregenden Kuchen- und Semmelabfälle als Wohnkuchenzusatz zu vermafen. Der Anwalt betonte in seinen Ausführungen, daß die Tat des Meisters geradezu als gemeingefährlich bezeichnet werden müsse, zumal der Genuß von Schimmel die menschliche Gesundheit arg gefährden könne. Der Anklagevertreter beantragte 14 Tage Gefängnis, 100 Mk. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils in mehreren Tageszeitungen auf Kosten des Angeklagten. Das Gericht erkannte jedoch nur auf 60 Mark Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Wahnsinnst. Gekern früh verurteilt in Gießen der Bauer Wilhelm Reuter seine Frau durch Stiche in die Brust zu töten. Als die Frau noch Lebenszeichen von sich gab, erwürgte er sie. Nach der Tat erhängte sich der Mann an der Zimmerkette. Reuter hat die Tat in geistiger Unmachtung begangen.

Ein Minister, der nicht wählen durfte. Als Freiherr von Soden, der jetzt durch eine welle Flügung des Himmels Minister des Innern geworden ist, in München bei den Landtagswahlen das Schwergewicht seiner Stimme in die Urne werfen wollte, mußte er, so schreibt die „Münch. Post“, zu seiner Entrüstung erfahren, daß sein Name nicht in der Wählerliste stand. Die Staatsverwaltung in München mußte daher auf das Votum Seiner Exzellenz verzichten. Ob's an der Steuerleistung lag oder woran sonst, das wissen wir nicht. Jedenfalls wird es aber eine der ersten Beschäftigungen des hohen Herrn sein, das Landtagswahlgesetz zu studieren, damit auch er sich bei seinem Abgange das Prädikat treu und fleißig verdient. Denn mit dem guten Willen, den Umsturz zu vernichten, kommt schließlich ein Minister des Innern in Bayern nicht allein aus.

Der Storch im Flugapparat. Es ist heutzutage nichts Seltenes mehr, daß sich junge Erdenbürger die neuesten Verkehrsmittel zur Stätte ihres Erscheinens auf dieser Welt ausleihen. Die Untergrundbahn und das Auto, der D-Zug-Wagen und das riesige Passagierschiff mußten schon als Geburtsstätten herhalten. Das modernste Kind aber ist doch wohl der junge Sohn des Bankiers Fulton in Newyork, denn dieser junge Zeitgenosse suchte sich einen Flugapparat aus, um darin, gleichsam im Fluge, das Licht der Welt zu erblicken. Am 13. Januar machte der amerikanische Flieger Bohner einen Passagierflug, an dem der Bankier Fulton und seine Gattin teilnahmen. Der Flug gelang vorzüglich und führte bis zur Höhe von 150 Metern. Möglich aber wurde der Flieger veranlaßt, das Flugzeug zur Erde zu lenken, denn seine Begleiterin fühlte, daß ein erst in einiger Zeit erwartetes freudiges Ereignis schon jetzt eintrete. Raum hatte sich das Flugzeug zur Erde niedergelassen, als der junge Erdenbürger mit freudigem Geschrei das Licht der Welt erblickte. Der Flieger konnte die Bemerkung nicht unterdrücken, daß er zwar schon allerlei Abgeln auf seinem Fluge begegnet sei, sich aber nicht erinnere, jemals einen „Storch“ angetroffen zu haben.

Die rote Fahne am Maskenball. Die sächsische Polizei hat für den süddeutschen Karnevalstrudel einen guten Witz beigezeichnet — allerdings unfeinlich, denn in Sachen hat man keinen Sinn für Maskenhumor, wie das folgende Geschichtchen beweist: In dem Dorfe Deuben bei Wurzen erschien auf dem öffentlichen Maskenball eine weibliche Maske, die eine rote Fahne schwang. Folge: Ein polizeilicher Strafbefehl, in dem es heißt: „Laut Anzeige sind Sie beschuldigt, am 28. d. M. bei dem im höchsten Gasthof zu Deuben stattgefundenen öffentlichen Maskenball eine rote Fahne mit der Aufschrift: „Hoch lebe die Freiheit, Proletariat (110) aller Länder vereinigt Euch!“, mithin ein republikanisches Abzeichen getragen, die Fahne auch fortgesetzt hoch über den andern Teilnehmern des Maskenballs geschwenkt und dadurch Argernis erregt, sowie groben Unfug begangen zu haben. Beweismittel: Zeugnis des Gendarmenbrigadiers Kapf in Wurzen, der Gutsbesitzer Baul und Oskar Brügg und Streiter, der Hausbesitzer Müller und Richterberger in Deuben. Auf Grund von § 360 Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzes, verbunden mit der Verordnung vom 14. Juni 1849 und § 5 der Verordnung vom 6. Juli 1904 wird daher gegen Sie hierdurch eine Geldstrafe von 20 Mk. und Bezahlung der erwachsenen Gebühren mit der Maßgabe festgesetzt, daß im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe an deren Stelle Haft in Dauer von 2 Tagen zu treten hat.“ — Zum Schluß wird noch mitgeteilt, daß die Fahne in sicherer polizeilicher Interessse zur Vermeidung weiterer derartiger Handlungen in Verwahrung genommen ist. Nun wird wohl Sachsen wieder ruhig sein.

Jugendgleisung in Amerika. Bei Altoona in Pennsylvania ist ein Personenzug entgleist. Vier Personen wurden getötet, vierzig verletzt.

Von Einbrechern überfallen und ermordet. Bei Neres bei Paris wurden Donnerstag zwei alte Damen, die aus Elsch-Lothringen stammenden Lehrerinnen Marie und Elise Krejlinger, am hellen Tage in ihrer Wohnung von Einbrechern überfallen. Marie Krejlinger wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen am Kopfe bewußtlos und ihre Schwester tot aufgefunden. Die Gendarmen verhafteten drei Brüder Beraucourt, welche des Verbrechens dringend verdächtig sind.

Der Hungertod im Leuchtturm. Ein furchtbares Drama hat sich auf der Insel Lobera an der spanischen Küste abgespielt. Zur Sicherung der Schifffahrt ist auf der Insel ein Leuchtturm errichtet, zu dessen Bedienung sechs Personen auf der Insel leben. Die furchtbaren Stürme haben es unmöglich gemacht, den Leuten die notwendigen Nahrungsmittel zu senden. Seit 25 Tagen sind die Leute ohne Nahrungsmittel. In der spanischen Küste ist vor einigen Tagen eine Flaschenpost angeschwemmt worden, in der die Hungernden um Hilfe flehen. Es ist auch bisher noch unmöglich gewesen, in die Nähe des Leuchtturmes zu gelangen und so jede Hoffnung geschwunden, die von der Außenwelt Abgesandten noch lebend zu erreichen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Wildente“, Schauspiel in 5 Akten von Ibsen. Gastspiel des Herrn Robert Nihil vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg. Das Auftreten eines so ausgezeichneten Künstlers, wie Herr Nihil es ist, wird man sogar in Lübeck stets mit großer Freude begrüßen, umso mehr, wenn dieses Gastspiel zugleich die Neueinstudierung eines interessanten Ibsenschen Wertes mit sich bringt. Der große nordische Dichter, der in seinen Dramen die Schäden unserer heutigen Gesellschaftsordnung schonungslos bloßlegt und nachweist, daß deren Grundlagen nichts als Lügen sind, kommt bei uns leider viel zu selten zum Wort. Und doch hören ihn auch gerade diejenigen Kreise gern, denen seine Kritik in erster Linie gilt. Nur spüren die Leuten in ihrem nichtsdurchbohrenden Gefühl die kritische Sonde gar nicht, die in ihr Fleisch schneidet.

In der „Wildente“ zeigt Ibsen uns eine Ehe, welche auf einer Lüge aufgebaut ist, und die in sich zusammenbricht, als diese Lüge allen Beteiligten zum Bewußtsein kommt. Gjalmar Erdbahl hat Gina, die frühere Haushälterin des Großaufmanns Werle geheiratet und führt an ihrer Seite ein zwar beschidenes aber müßiges und zufriedenes Dasein. Ihm, der am liebsten ist und schnarcht, ist es nie in den Sinn gekommen, daß seine Frau etwa mit Werle sich intimer eingelassen haben könnte, oder daß Hedwig, seine Tochter, am Ende gar nicht sein Kind sein könnte. Der enge Kreis, der seine Welt ausmacht, entspricht auch seinem geistigen Horizont. Gjalmar ist glücklich, wenn andere ihn vorreden, er sei ein Gentleman und Erfinder.

Da führt das Schicksal ihm seinen Jugendfreund Gregers Werle, den Sohn des Großkaufmanns, in den Weg, der die Vergangenheit von Gedahls Frau kennt, der aber auch Djalmar für einen großen und genialen Menschen hält. Gregers ist Wahrhaftigkeitsfanatiker. Er glaubt Gedahls' Ehe dadurch den nötigen festen Boden geben zu können, indem er den Schleier des Geheimnisses lüftet, das zwischen den beiden Gatten steht. Die Folge dieser Tat ist aber nicht, wie Gregers erwartet hatte, ein innigerer Zusammenschluß der Eheleute Gedahl, nachdem die Lüge, die zwischen ihnen lag, aus dem Wege geräumt war, sondern die Zerstörung der auf dieser Lüge basierenden Harmonie. Und als dann Djalmar ahnt und erfährt, daß auch Hedwig nicht sein Kind ist, da ist es um das bürgerliche Glück dieser Familie geschehen. Hedwig, die die Sünden ihres Vaters — des Großkaufmanns Werle — auch an ihrem Leibe blühen muß, erschleht sich, als sie sieht, daß sich Djalmars Liebe von ihr gewendet hat, nachdem er erfahren, daß sie nicht seine Tochter ist. So hat der Wahrhaftigkeitsfanatismus Gregers wohl eine Lüge, aber auch ein Leben zerstört, ohne irgend etwas genützt zu haben.

Das Schauspiel „Die Wildente“ ist psychologisch außerordentlich interessant; die Zeichnung der einzelnen Charaktere von großer Schärfe und Einheitsfärbung. Auch

die ganze Handlung ist dramatisch wirksam gesteigert. Die gestrige Aufführung des Werkes konnte auch hochgestellten Ansprüchen genügen. Herr Nihil bot als Djalmar Gedahl eine Meisterleistung, die jeden Zug des Charakters dieses selbstgefälligen aber gutmütigen und beschränkten Menschen klar widerspiegelt. Die jugendliche Hedwig wurde von Fräul. Wutte mit warmem und innigem Ausdruck gegeben. Die Künstlerin schuf eine Gestalt von rührender Kindlichkeit und Anmut. Einfach, gerade und herbe war Fräul. Betsche als Gina. Die thätigen Darbietungen der Herren Schwesiguth (Gedahl sen.), Brunow (Großkaufmann Werle), Romak (Gregers Werle) und Hoff (Kelling) verdienen ebenfalls besondere Anerkennung. Für ein vortreffliches Zusammenspiel und eine gute Inszenierung hatte die Regie des Herrn Fuchs gesorgt. Das sehr zahlreich erschienene Publikum belohnte die Vorstellung durch rauschenden Applaus.

Im Stadttheater ging gestern als erste Oper in dieser Saison Verdis „La Traviata“ in Szene. Besonders interessierte Fräul. Mara als Violetta; ihre Leistung in dieser Partie gehört zu dem Besten, was die Künstlerin bisher geboten hat, sowohl in gesangstechnischer Beziehung als auch im Spiel. Vortrefflich war ihr Partner, Herr Pistori als Alfredo; ebenso Herr Langefeld als der

alte Vermont. Auch die übrigen Mitwirkenden boten ihr Bestes und sorgte deshalb das leidlich gut besuchte Haus nicht mit seinem Beifall.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.
Hamburg, den 16. Februar.

1. Qualität	145-148 Mk.
2. Qualität	139-142
Galizische und ähnliche	-
Amerikanische und fremde, verzollt	-
Tendenz: ruhig.	-
Feiner:	-
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	-
Schleswische und holländische Bauernbutter	-
Finnländische Sommerbutter, verzollt	-
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt	140-144
do. II. do.	136-139

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung.
Verleger: F. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

MAGGI'S Bouillon-Würfel 20 Pfg.

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie augenblicklich delikate Fleischbrühe zu Suppen, Gemüse, Saucen und Trinkbouillon.

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI'S** Bouillon-Würfel und weise andere Marken zurück!

„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Statt Karten.
Clara Schreiber
Ernst Dürkop
Verlobte.
Lübeck, den 18. Februar 1912.

Dankagung.

Für die uns beim Hinscheiden meiner lieben Frau erwiesene Teilnahme und für die vielen Kranzsendungen sage hiermit allen, die mit ihre Teilnahme erwiesen, besonders Herrn Hauptwachtmeister **Reimann** für die tröstlichen Worte, auch im Namen der Familie herzlichsten Dank
Johann Frohriep.
Lübeck, Februar 1912.

Gesucht zum 1. Mai ein freundl. Dienstmädchen.
Gehalt 50 Taler.
Guthof Al.-Mühlen b. Schwartau.
Gehört zur Saison eine tüchtige Plätterin. 1 sauber. Stubenmädchen. Dasselbst 1 Wäscheputzerin gesucht.
Zu melden Hartrasse 65, I.
Gehört zu Diensten
einen Tischlerlehrling.
W. Stenbuck, Dorncstr. 20 a.
Gehört zu Diensten
ein Bursche
der die Schule verläßt.
C. Roscher, Milchhandlung, Reußenstr. 20 a.
Ein freundl. möbl. Zimmer zu vermieten.
Steinroder Weid 24, III.

Möbl. Zimmer zu vermieten.
Finkenbagen 3, I.

Möbliertes Vorderzimmer zu vermieten.
Gieckstr. 11, I.
Zum 1. April eine Zwei-Zimmer-Wohnung an einzelne Leute zu vermieten.
Gnaelmsch 24.
Eine kleine Wohnung an einzelne Leute zum 1. April zu vermieten. Preis 100 Mk.
Fremdenstr. 15, Schwartau.

2-Zimmer-Wohnung mit Stall zum 1. April zu vermieten.
Schwartauer Allee 170.
Zum 1. Juli gute Kramerrei als Nebenverdienst zu vermieten. Angeb. unter N N an die Exped. d. Bl.

Getzogene Anzüge, Hemden, Blusen, Röcke, Stiefel und Bettzeug billig zu verkaufen.
Schildstr. 5.
Ein guterhalt. Kinderwagen zu verkaufen. Dasselbst ein zweijähriger Sportwagen zu kaufen gesucht.
Waisenhofstr. 25, I. I.

Ein guter langhaar. Wachhund, als Hund oder Schäferhund passend, sehr wachsam zu verk. Abst. eines deutsch. Schäferh. Dunderstr. 33, v.

Ein guterhalt. Kinderwagen mit Gummi- und Metallrollen zu verkaufen.
Reisenstr. 4a.

1 neue Scheidenschleibkarre zu verkaufen.
Finkenbagen 40.

Ein starkes Herren-Fahrrad zu verkaufen.
Preis 20 Mk.
Reisenstr. 7.

Sanarienweibchen zu verkaufen.
Kugelstr. 13, II.

Sonntag morgen stehen Ferkel zum Verkauf.
Joh. Ahrens, Fremdenstr. 12.

Sonntag morgen stehen Ferkel zum Verkauf.
Gastwirt **Dohse**, „Drei Kronen“, Kackebura.
Schönes Mastentochter f. 3 Mk. zu vermieten. Postenstr. 19, I.
Herren- u. Damen-Mastentochter (Mar.) zu verm. Waisenhofstr. 130, II.

Glänzenden Verdienst
kann sich jede intelligente Person durch ein modernes Versandgeschäft (auch als Nebenverdienst) im eigenen Heim verschaffen. Offerten unter **Dr. H. 613** an **Rudolf Mosse, Düsseldorf.**

Wortwähler Sonntagsdienst
am 18. Februar von 1 Uhr an.
Dr. med. Ziehl, Gr. Burstr. 47.
Dr. med. Pée, Königstr. 69.
Dr. med. A. Hofstaater, Moisstr. Allee 2

Neu eingetroffen:
In besten Gewürzen eingelegte **Senfkörner.**
Prima gemischte Marmelade.
Prima neue Zitronen.
Prima neue Apfelsinen.
Prima neue Ringäpfel.
Ludwig Wiegels.

Geräucherte Mecklenb. Mettwurst
Kand. 1.10 und 1.20 Mk.
Feine Leberwurst, Kand. 90 Pfg.
Frühe Eier, Stück 11 Pfg.
Magnum bonum-Eskartoffeln
empfehlen
C. Prestin, Fleischbänkestr. 60.

An- und Verkauf von guten getr. Herrenkleidern, Vermietung b. Gehrod-Str. 7, jede Feilschkeit.
A. Pohl, Schneider, Marlesstr. 44.

Masken-Kostüme
für Herren u. Damen in großer Auswahl zu vermieten.
G. Will, Bahmstr. 34, I.

Willy Koch
Zahn-Techniker
Lübeck, Holstenstr. 21.

Schelm & Wege, Lübeck
Samenhandlung.
Telephon 1181. Mengstr. 10.
Wir gestalten uns darauf aufmerksam zu machen, daß unser Katalog erschienen ist und Interessenten gern gratis und franco zur Verfügung steht. — Besondere Aufmerksamkeit bitten den beigegeführten Kulturamweisungen zu schenken.

Außerdem gestalten uns zu bemerken, daß unsere Samenreue bei der letzten Gartenbau-Ausstellung 1911 in Lübeck mit der höchsten Auszeichnung, einem Ehrenpreise (Goldene Medaille) prämiert wurden.

Inventur-Ausverkauf.

Es kommen zum Verkauf wegen Einführung neuer Systeme:
Kindl-Stiefel kräftig, Größe 27-30 3 Mk., 31-35 4 Mk., 36-39 5 Mk.
Herren- und Damen-Stiefel Rindbor 7.50 Mk.
Damen-Hoch-, Chevr.-, Knopf- u. Schnürstiefel . . Paar 3.00 Mk.
Für die Hälfte unter Einkauf.
Hermann Bade, Marienstr. 2.

Betten-Duве liefert bestens und billigst.
Gr. Burgstr. 32.

Die Sozialdemokratie

u. die Wahlen zum deutschen Reichstag

ist jetzt erschienen und kann in unserer Buchhandlung abgeholt werden.
Preis 1 Mark.
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Bunge'scher Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Täglich frische Milch liefert. Liter 18 Pfg.
W. Müller, Friedenstraße 22.

Goldene und silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Agidienstr. 35.

Gebrüder Barg
— 5 Kohlmarkt 5 —
empfehlen
Bettfedern und Daunenn in nur tadelloser Ware.
Groß-Lager in fertig genähten **Bett-Inletts** sodas das Füllen von Betten stets gleich erfolgen kann.
Ferner sämtliche **Aussteuer-Artikel** in bekannt großer Auswahl.
Rabattmarken od. 4% in bar.

Willi Westfaling
Uhrmacher und Juwelier,
Holstenstraße 32.

Tapeten-Neuheiten
in großer Auswahl empfiehlt zu billigen Preisen
C. Markmann
Bröggestr. 12.

St. Lorenz erstes und ältestes **Motor- und Fahrradhaus.**
Neue und alte Fahrräder in großer Auswahl.
Eigene Emaille- u. Vernickelungs-Anstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Fackenburger Allee 53.
Telephon 2058.
Neue Schallplatten, sehr billig.
Gnaelmsch 70, Sinterhaus.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. **Zimmereinricht. stets vorrätig.** Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen. : Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt. Gebt rote Lübeck-Rabattmarken.

Zür Zahnleidende!
Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.
Teilzahlung gestattet.
Marcks, Breite Straße 56
v. 10-1 u 4-6 Uhr.
Den geehrten Einwohnern von Schwartau und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage mein

Ladengeschäft
Lübecker Straße 4
eröffne, und bitte mein junges Unternehmen gütig unterstützen zu wollen. Gleichzeitig bringe ich meine Reparaturwerkstatt in freundliche Erinnerung.
Sachverständigungsvoll
W. Wieneke
Fahrrad- u. Nähmaschinenhandlung

Alle Sorten **Brennmaterialien** empfiehlt zu billigsten Preisen frei Haus
Hans Lübecke
Wickedestr. 33/5. Telephon 2378.
Bei Lieferung ab meinem Lager tritt eine Ermäßigung sämtlicher Preise ein.

Amerikanische **Uhren-Reparatur-Werkstatt.**
Neue Feder 1.00 Mk.
Uhrreinigen 1.00 Mk.
Fast jede einzelne Reparatur nur 1 Mk. bei 2 Jahre schriftl. Garantie.
Huxstrasse 71.

Bracktoole Salongarnitur Mk. 165.
Salonschrank 75, Tisch 18, eleg. Blüschgarnitur 85, Vertikal reich geschm. 55, gr. Trumeau 35, reich geschm. Portgarnitur mit Herrenst. 150, Schlafzimmer ff. u. Küch. Divan, Stühle, Verkleidetes.
Besichtigung Wahnstr. 83, p. r.
Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandl. u. Reparaturwerkstatt. **Fünfhausen 13.**
10.50 Mk. 12.50 Mk.

Rote Rabattmarken
WEISS-SCHUH-MARKE
Salvator
GARANTIERT
Her 4 Prozent bar.
15.50 Mk. 18.00 Mk.
Alleinverkauf
F. Baurenfeind, Mühlentstr. 34.